

Kreisverband  
Bühl-Achern e.V.



# **Satzung des DRK-Kreisverband Bühl-Achern e. V.**

mit DRK-Schiedsordnung

Beschlossen durch die Mitgliederversammlung  
am 11.10.2024

## Vorbemerkung

Aus Gründen der Vereinfachung wird in dieser Satzung jeweils nur die männliche Form verwendet; es sind aber Männer und Frauen gemeint, sofern keine andere Regelung festgelegt wird. Alle Ämter stehen grundsätzlich beiden Geschlechtern in gleicher Weise offen.

Zur besseren Lesbarkeit werden im Folgenden der Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Bühl-Achern e.V. nur als „Kreisverband“ und der Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Badisches Rotes Kreuz e.V. als „Landesverband“ bezeichnet.

## Hinweis

Die grau hinterlegten Passagen entsprechen den gemäß § 16 Abs. 3 der Satzung des Bundesverbandes und § 20 Abs. 2 der Satzung des Landesverbandes für alle Kreisverbände verbindlich erklärten Formulierungen.

## **Die 7 Rotkreuz-Grundsätze**

### **Menschlichkeit**

Die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung, entstanden aus dem Willen, den Verwundeten der Schlachtfelder unterschiedslos Hilfe zu leisten, bemüht sich in ihrer internationalen und nationalen Tätigkeit, menschliches Leiden überall und jederzeit zu verhüten und zu lindern. Sie ist bestrebt, Leben und Gesundheit zu schützen und der Würde des Menschen Achtung zu verschaffen. Sie fördert gegenseitiges Verständnis, Freundschaft, Zusammenarbeit und einen dauerhaften Frieden unter allen Völkern.

### **Unparteilichkeit**

Die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung unterscheidet nicht nach Nationalität, Rasse, Religion, sozialer Stellung oder politischer Überzeugung. Sie ist einzig bemüht, den Menschen nach dem Maß ihrer Not zu helfen und dabei den dringendsten Fällen den Vorrang zu geben.

### **Neutralität**

Um sich das Vertrauen aller zu bewahren, enthält sich die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung der Teilnahme an Feindseligkeiten wie auch, zu jeder Zeit, an politischen, rassistischen, religiösen oder ideologischen Auseinandersetzungen.

### **Unabhängigkeit**

Die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung ist unabhängig. Wenn auch die Nationalen Gesellschaften den Behörden bei ihrer humanitären Tätigkeit als Hilfsgesellschaften zur Seite stehen und den jeweiligen Landesgesetzen unterworfen sind, müssen sie dennoch eine Eigenständigkeit bewahren, die ihnen gestattet, jederzeit nach den Grundsätzen der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung zu handeln.

### **Freiwilligkeit**

Die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung verkörpert freiwillige und uneigennützig Hilfe ohne jedes Gewinnstreben.

### **Einheit**

In jedem Land kann es nur eine einzige Nationale Rotkreuz- oder Rothalbmondgesellschaft geben. Sie muss allen offenstehen und ihre humanitäre Tätigkeit im ganzen Gebiet ausüben.

### **Universalität**

Die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung ist weltumfassend. In ihr haben alle Nationalen Gesellschaften gleiche Rechte und die Pflicht, einander zu helfen.

# Präambel

## **Erster Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen**

§ 1	Selbstverständnis	Seite 9
§ 2	Aufgaben	Seite 10
§ 3	Rechtsform, Name, Mitgliedschaft	Seite 11
§ 4	Ehrenamtliche und hauptamtliche Arbeit	Seite 12

## **Zweiter Abschnitt: Verbandliche Ordnung**

§ 5	Zuständigkeit des Bundesverbandes	Seite 13
§ 6	Zuständigkeit des Landesverbandes und seiner Gliederungen sowie der DRK-Schwesternschaften; Rechte und Pflichten	Seite 14
§ 7	Zuständigkeit des Kreisverbandes und seiner Ortsvereine	Seite 15
§ 8	Territorialitätsprinzip	Seite 17
§ 9	Zusammenarbeit im Deutschen Roten Kreuz	Seite 17
§ 10	Entscheidungen der Verbandsgeschäftsführung Land	Seite 18

## **Dritter Abschnitt: Mitgliedschaft**

§ 11	Mitglieder	Seite 19
§ 12	Ortsvereine	Seite 20
§ 13	Satzung der Ortsvereine	Seite 21
§ 14	Ehrenmitglieder	Seite 23
§ 15	Erwerb der Mitgliedschaft	Seite 23
§ 16	Allgemeine Rechte und Pflichten der Mitglieder	Seite 23
§ 17	Ende der Mitgliedschaft	Seite 23

## **Vierter Abschnitt: Organisation**

§ 18	Organe	Seite 25
§ 18a	Innere Ordnung	Seite 25
§ 19	Stellung und Zusammensetzung der Kreisversammlung	Seite 27
§ 20	Aufgaben der Kreisversammlung	Seite 27
§ 21	Durchführung der Kreisversammlung	Seite 28
§ 21 a	Kreisausschuss	Seite 29
§ 21 b	Aufgaben des Kreisausschusses	Seite 30
§ 22	Aufsichtsrat	Seite 31
§ 23	Aufgaben des Aufsichtsrats	Seite 32
§ 24	Der Aufsichtsratsvorsitzende	Seite 34
§ 25	Vorstand im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches	Seite 35
§ 26	Kreisgeschäftsführer	entfällt
§ 27	Aufgaben des hauptamtlichen Vorstandes	Seite 36
§ 28	Kreisgeschäftsstelle	Seite 37
§ 29	Fach- und Sonderausschüsse	Seite 38
§ 30	Konventionsbeauftragter	Seite 38
§ 31	Rotkreuz-Beauftragter für Katastrophenfälle	Seite 38
§ 31 a	Ehrenrat	Seite 38
§ 31 b	Fachausschuss Ehrenamtlicher Dienst	Seite 39

## **Fünfter Abschnitt: Rotkreuz-Gemeinschaften**

§ 32 Rotkreuz-Gemeinschaften	Seite 40
§ 32 a Bereitschaften	Seite 40
§ 32 b Sozialarbeit	Seite 40
§ 32 c Jugendrotkreuz	Seite 41
§ 33 Arbeitskreise	Seite 41

## **Sechster Abschnitt: Wirtschaftsführung, Gemeinnützigkeit**

§ 34 Wirtschaftsführung	Seite 42
§ 35 Gemeinnützigkeit	Seite 43

## **Siebter Abschnitt: Ordnungs- und Eilmaßnahmen, Rechtsstreitigkeiten**

§ 36 Ordnungsmaßnahmen	Seite 44
§ 37 Eilmaßnahmen bei Gefahr im Verzuge	Seite 45
§ 38 Schiedsgericht	Seite 45

## **Achter Abschnitt: Schlussbestimmungen**

§ 39 Auflösung	Seite 47
§ 39 a Gebietsänderung	Seite 47
§ 39 b Anrufungsfrist	Seite 47
§ 40 Teilunwirksamkeit	Seite 47
§ 41 Inkrafttreten	Seite 47

<b>Schiedsordnung für das Deutsche Rote Kreuz</b>	Seite 48
---	----------

## Präambel

- (1) Der Kreisverband ist Mitglied des **Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Badisches Rotes Kreuz e.V.** Der Landesverband und seine Gliederungen sind Teil der Nationalen Gesellschaft des Roten Kreuzes auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und arbeiten nach den Grundsätzen der Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität. Ideelle Grundlage des Deutschen Roten Kreuzes ist die Ehrenamtlichkeit.

Das Deutsche Rote Kreuz ist gemeinsam mit dem **Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)**, der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften sowie den anderen anerkannten Nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond- Gesellschaften ein Bestandteil der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung.

- (2) Mission der **Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung** ist es, menschliches Leiden überall und jederzeit zu verhüten und zu verhindern; Leben und Gesundheit zu schützen und der Menschenwürde Achtung zu verschaffen, vor allem in Zeiten bewaffneter Konflikte und sonstiger Notlagen; Krankheiten vorzubeugen und zur Förderung der Gesundheit und der sozialen Wohlfahrt zu wirken; die freiwillige Hilfe und ständige Einsatzbereitschaft der Mitglieder der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung zu stärken sowie ein universales Solidaritätsbewusstsein mit allen, die ihres Schutzes und ihrer Hilfe bedürfen, zu wecken und zu festigen.
- (3) Das **IKRK** wahrt und verbreitet die Grundsätze der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung; es erkennt neu- oder wieder gegründete Nationale Gesellschaften an und gibt deren Anerkennung bekannt. Es setzt sich für die strikte Einhaltung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts ein. Es sorgt für das Verständnis und die Verbreitung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts und bereitet dessen Weiterentwicklung vor. Es stellt die Tätigkeit des von den Genfer Abkommen von 1949 und ihren Zusatzprotokollen vorgesehenen Zentralen Suchdienstes sicher. Es unterhält enge Beziehungen mit den Nationalen Gesellschaften und der Internationalen Föderation, mit der es in Bereichen gemeinsamen Interesses einvernehmlich zusammenarbeitet.
- (4) Die **Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften** fördert die humanitäre Tätigkeit der Nationalen Gesellschaften mit dem Ziel, menschliches Leid zu verhüten und zu lindern und auf diese Weise zur Erhaltung und Stärkung des Friedens in der Welt beizutragen. Die Internationale Föderation agiert insbesondere als ständiges Verbindungs-, Koordinations- und Planungsorgan zwischen den Nationalen Gesellschaften und gewährt ihnen Unterstützung, wenn sie eine solche anfordern; sie unterstützt das IKRK bei der Förderung und Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts und arbeitet mit ihm bei der Verbreitung dieses Rechts und der Grundsätze der Bewegung bei den Nationalen Gesellschaften zusammen. Sie übernimmt außerdem die offizielle

Vertretung der Mitgliedsgesellschaften auf internationaler Ebene, insbesondere in allen Fragen, die mit den von ihrer Generalversammlung verabschiedeten

Beschlüssen und Empfehlungen zusammenhängen, schützt ihre Integrität und wahrt ihre Interessen. Die Internationale Föderation handelt in den einzelnen Ländern jeweils über die Nationale Gesellschaft oder im Einvernehmen mit ihr unter Beachtung der Rechtsordnung des betreffenden Landes.

- (5) Die **Nationalen Gesellschaften** bilden die Basis und sind eine treibende Kraft der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung. Sie erfüllen ihre humanitären Aufgaben im Einklang mit ihrer jeweiligen Satzung und den Gesetzen ihres Landes sowie den Statuten der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung, um deren Mission getreu ihren Grundsätzen zu verwirklichen und bilden den Rahmen für die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Tätigkeiten ihrer freiwilligen Mitglieder und Mitarbeiter.

Das Deutsche Rote Kreuz nimmt insbesondere die Aufgaben wahr, die sich aus den Genfer Abkommen von 1949 und ihren Zusatzprotokollen ergeben, sowie diejenigen, die ihm durch Bundes- oder Landesgesetz im Rahmen seiner satzungsgemäßen Aufgaben zugewiesen sind. Es trägt, im Zusammenwirken mit den Behörden, zur Verhütung von Krankheit, Verbesserung der öffentlichen Gesundheit und zur Linderung menschlichen Leidens bei, auch durch Entwicklung eigener Programme im Bereich der Wohlfahrts- und Sozialarbeit. Es organisiert Hilfsmaßnahmen für die Opfer von bewaffneten Konflikten, Naturkatastrophen und anderen Notlagen und verbreitet das humanitäre Völkerrecht.

Das Deutsche Rote Kreuz wirkt mit der Bundesregierung zusammen, um den Schutz der von den Genfer Abkommen von 1949 und ihren Zusatzprotokollen anerkannten Schutzzeichen zu gewährleisten.

- (6) Das Deutsche Rote Kreuz ist föderal gegliedert in Bundesverband, Landes-, Kreisverbände und Ortsvereine sowie den Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e. V. mit seinen Gliederungen. Die Gliederungen arbeiten sämtlich auf der Basis von einheitlichen, systematisch aufeinander aufbauenden Satzungen, die die Rechte und Pflichten im Rahmen der Mitgliedschaft im Deutschen Roten Kreuz regeln, zusammen.
- (7) Das Deutsche Rote Kreuz bekennt sich zu einer transparenten Finanz- und Wirtschaftsführung.

## **Erster Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen**

### **§ 1 Selbstverständnis**

(1) Das Deutsche Rote Kreuz ist die Gesamtheit aller Mitglieder, Verbände, Vereinigungen, privatrechtlichen Gesellschaften und Einrichtungen des Roten Kreuzes in der Bundesrepublik Deutschland. Die Mitgliedschaft im Deutschen Roten Kreuz steht ohne Unterschied der Nationalität, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der Religion und der politischen Überzeugung allen offen, die gewillt sind, bei der Erfüllung der Aufgaben des Deutschen Roten Kreuzes mitzuwirken.

(2) Der Kreisverband bekennt sich zu den sieben Grundsätzen der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung:

- Menschlichkeit
- Unparteilichkeit
- Neutralität
- Unabhängigkeit
- Freiwilligkeit
- Einheit
- Universalität.

Diese Grundsätze sind für alle Verbände, Vereinigungen, privatrechtlichen Gesellschaften und Einrichtungen des Kreisverbandes sowie deren Mitglieder verbindlich.

Das Deutsche Rote Kreuz ist gemeinsam mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften sowie den anderen anerkannten Nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften ein Bestandteil der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung.

(3) Der Kreisverband ist Mitgliedsverband des Landesverbandes. Der Kreisverband ist die Gesamtheit seiner Gliederungen (nachgeordnete Verbände, Organisationen, privatrechtlichen Gesellschaften und Einrichtungen) sowie deren Mitglieder auf dem Gebiet des ehemaligen Landkreises Bühl und zwar in: den großen Kreisstädten Achern (ausgenommen Achern-Wagshurst) und Bühl, in den Gemeinden Bühlertal, Hügelsheim, Kappelrodeck, Lauf, Ottenhöfen, Ottersweier, Rheinmünster, Sasbach, Sasbachwalden, Seebach und Sinzheim sowie in den Stadtteilen Neuweier, Steinbach und Varnhalt der Stadt Baden-Baden.

(4) Als Mitglied des Landesverbandes nimmt der Kreisverband die Aufgaben wahr, die sich aus den Genfer Abkommen von 1949 und ihren Zusatzprotokollen und den Beschlüssen der Internationalen Konferenz des Roten Kreuzes und Roten Halbmonds ergeben. Er achtet auf deren Durchführung im Gebiet des Kreisverbandes und vertritt in Wort, Schrift und Tat die Ideen der Nächstenliebe, der Völkerverständigung und des Friedens.

- (5) Der Kreisverband ist ein anerkannter Verband der Freien Wohlfahrtspflege. Er nimmt die Interessen derjenigen wahr, die der Hilfe und Unterstützung bedürfen, um soziale Benachteiligung, Not und menschenunwürdige Situationen zu beseitigen sowie auf die Verbesserung der individuellen, familiären und sozialen Lebensbedingungen hinzuwirken.
- (6) Das Jugendrotkreuz (JRK) ist der anerkannte und eigenverantwortliche Jugendverband des Deutschen Roten Kreuzes. Durch seine Erziehungs- und Bildungsarbeit führt das Jugendrotkreuz junge Menschen an das Ideengut des Roten Kreuzes heran und trägt zur Verwirklichung seiner Aufgaben bei. Das Jugendrotkreuz des Kreisverbandes vertritt die Interessen der jungen Menschen des Deutschen Roten Kreuzes im Kreisverband.

## § 2 Aufgaben

- (1) Der Kreisverband stellt sich aufgrund seines Selbstverständnisses (§ 1) und seiner Möglichkeiten (§ 34) folgende Aufgaben:<sup>2</sup>
- Hilfe für die Opfer von bewaffneten Konflikten, Naturkatastrophen und anderen Notsituationen,
  - Verhütung und Linderung menschlicher Leiden, die sich aus Krankheit, Verletzung, Behinderung oder Benachteiligung ergeben,
  - Förderung der Gesundheit, der Wohlfahrt und der Bildung,
  - Förderung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen,
  - Förderung der Arbeit für die ältere Generation,
  - Förderung der Entwicklung nationaler Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften im Rahmen der Satzungen und Statuten der Rotkreuz und Rothalbmondbewegung,
  - Förderung der Tätigkeit und Zusammenarbeit seiner Mitgliedsverbände,
  - Durchführung der Blutspendetermine und Betreuung der Blutspender,
  - Suchdienst und Familienzusammenführung,
  - Förderung der Rettung aus Lebensgefahr (u.a. Bergrettung, Wasserrettung) einschließlich der dazugehörigen Aktivitäten, wie Rettungsschwimmen sowie die Durchführung rettungssportlicher Übungen und Wettbewerbe.
  - Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements im sozialen Netzwerk
  - Erschließung zeitgemäßer Aufgabefelder
- (2) Das Deutsche Rote Kreuz e. V. nimmt als freiwillige Hilfsgesellschaft für die deutschen Behörden im humanitären Bereich die Aufgaben wahr, die sich aus den Genfer Abkommen von 1949 ihren Zusatzprotokollen und dem DRK - Gesetz ergeben. Zu diesen Aufgaben gehören insbesondere:
- die Verbreitung von Kenntnissen über das humanitäre Völkerrecht sowie die Grundsätze und Ideale der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung,

---

<sup>2</sup> Erweiterungen/ Konkretisierungen sind möglich, soweit diese nicht dem Sinn der Satzungsregelung widersprechen. Insoweit besteht insbesondere für § 2 die Möglichkeit eine Formulierung zu wählen, die vom Finanzamt nicht beanstandet wird

- die Mitwirkung im Sanitätsdienst der Bundeswehr einschließlich des Einsatzes von Lazarettschiffen,
- die Wahrnehmung der Aufgaben eines amtlichen Auskunftsbüros,
- die Vermittlung von Familienschriftwechseln.

(3) Dem Kreisverband obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Mitwirkung beim Schutz der Zivilbevölkerung
2. Katastrophenschutz und Katastrophenhilfe
3. Erste Hilfe bei Notständen und Unglücksfällen
4. Krankenpflege und Pflegedienst
5. Krankentransport und Rettungsdienst
6. Internationale Hilfsaktionen
7. Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe und im Gesundheitsschutz
8. Wohlfahrtspflege (Sozialarbeit), insbesondere für Kinder, Jugendliche, sozial Benachteiligte, alte Menschen, Kranke, Behinderte und Migranten
9. Notfallnachsorge
10. Gesundheitsdienst und vorbeugende Gesundheitspflege
11. Jugendhilfe, Jugendbildung

Aufgaben sind den jeweils aktuellen Not- und Bedarfslagen anzupassen.  
§ 2 der Satzung des Landesverbandes bleibt unberührt.

(4) Die Übertragung von satzungsgemäßen Aufgaben auf andere Rechtsträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Landesverbandes.

### **§ 3 Rechtsform, Name, Mitgliedschaft**

(1) Der Kreisverband hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Er hat seinen Sitz in Bühl. Der Verein führt den Namen "Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Bühl-Achern e. V." Sein Kennzeichen ist das völkerrechtlich anerkannte rote Kreuz auf weißem Grund. Seine Anwendung erfolgt entsprechend den Ausführungsbestimmungen des Internationalen Roten Kreuzes zur Verwendung des Wahrzeichens des Roten Kreuzes. Das Recht zur Führung wird durch den Bundesverband vermittelt.

(2) Mitglieder des Kreisverbandes sind die in seinem Gebiet bestehenden Ortsvereine (§ 11 Abs.1).

(3) Die Satzung des Bundesverbandes, neu gefasst durch Beschluss der Bundesversammlung vom 19.11.2022<sup>3</sup>, sowie die Satzung des Landesverbandes, neu gefasst durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 24.11.2023, gehen den Satzungen des Kreisverbandes und seiner Gliederungen gemäß § 1 Abs. 3 Satz 2 sowie deren Mitglieder vor. Die vorliegende Satzung des Kreisverbandes, neu gefasst durch den Beschluss

<sup>3</sup> Soweit nachfolgend auf die Satzung des DRK e. V. bzw. auf die Bundessatzung Bezug genommen wird, wird auf die DRK-Satzung in der Fassung vom 20.03.2009 verwiesen.

der Mitgliederversammlung vom 11.10.2024, geht den jeweiligen Satzungen seiner Mitgliedsverbände vor.

- (4) Der Kreisverband verwirklicht eigenverantwortlich einheitliche Regelungen nach § 16 Abs. 3 in Verbindung mit §§ 5 Abs. 1 und 13 Abs. 3 der Bundessatzung und nach § 13 Abs. 2 a) in Verbindung mit § 20 Abs. 2 Unterabs. 3 der Satzung des Landesverbandes<sup>4</sup> und nach § 20 Abs. 2 Unterabs. 4 der Satzung des Landesverbandes.
- (5) Der Kreisverband vermittelt seinen Gliederungen gemäß § 1 Abs. 3 Satz 2 sowie deren Mitgliedern die Mitgliedschaft im Deutschen Roten Kreuz. Die Selbstständigkeit der Mitgliedsverbände wird durch diese Satzung und durch die in den Mustersatzungen des Landesverbandes enthaltenen verbindlichen Regelungen eingeschränkt.
- (6) Die Ortsvereine führen in ihrem Namen, außer der Bezeichnung "Deutsches Rotes Kreuz", einen den räumlichen Tätigkeitsbereich kennzeichnenden Zusatz. Änderungen des räumlichen Tätigkeitsbereichs der Ortsvereine bedürfen der vorherigen Zustimmung der Kreisversammlung.

#### **§ 4 Ehrenamtliche und hauptamtliche Arbeit**

- (1) Die Aufgaben des Kreisverbandes werden unter Wahrung der Gleichachtung von Mann und Frau sowie ihrer Gleichberechtigung bei der Wahrnehmung von Ämtern von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitgliedern und Mitarbeitern erfüllt. Nach dem Selbstverständnis des Deutschen Roten Kreuzes kommt der ehrenamtlichen Tätigkeit besondere Bedeutung zu; sie ist auf allen Ebenen zu fördern. Ehrenamtliche und hauptamtliche Arbeit ergänzen sich und dienen im Einklang mit den Grundsätzen des Roten Kreuzes der Verwirklichung des einheitlichen Auftrages – der Hilfe nach dem Maß der Not. Der Kreisverband sorgt für die Aus-, Weiter- und Fortbildung seiner Mitarbeiter und Mitglieder.
- (2) Die ehrenamtliche Arbeit wird in Satzungsorganen, Gremien, Gemeinschaften, in Arbeitskreisen und in anderen Formen geleistet, um möglichst vielen Menschen die Mitarbeit im Deutschen Roten Kreuz zu ermöglichen. Eine Entschädigung gemäß § 3 Nr. 26a Einkommensteuergesetz kann für diese Arbeit durch Beschluss des Aufsichtsrats gewährt werden.
- (3) **Gemeinschaften sind:**
  - die Bereitschaften,
  - die Bergwacht,
  - das Jugendrotkreuz,
  - die Wasserwacht,
  - die Wohlfahrts- und Sozialarbeit in ihren besonderen Organisationsformen
  - die Arbeitskreise für besondere Aufgaben

---

<sup>4</sup> Soweit nachfolgend auf die Satzung des Landesverbandes Bezug genommen wird, wird auf die Satzung in der Fassung vom 24.11.2023 verwiesen

Für die Ausgestaltung ihrer Arbeit beschließt der Landesverband jeweils eine Ordnung, die den sonstigen Grundsätzen des Deutschen Roten Kreuzes entspricht<sup>5</sup>

- (4) Hauptamtliche Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes dürfen nicht dem Aufsichtsrat ihrer oder dem Präsidium der übergeordneten Verbandsstufe angehören.

Die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder des Kreisverbandes dürfen nicht gleichzeitig persönlich Gesellschafter, Vorstandsmitglied oder Geschäftsführer eines Unternehmens, einer privatrechtlichen Gesellschaft oder einer Einrichtung sein, an denen der Kreisverband beteiligt ist.

Ausnahmen von Satz 1 und 2 bedürfen der vorherigen Zustimmung des übergeordneten Präsidiums. Hierbei sind insbesondere die Fragen der Interessenkollision und Transparenz zu beachten. Eine Ausnahme von Satz 1 ist nicht möglich hinsichtlich der Ämter des Vorsitzenden und seines Stellvertreters/seiner Stellvertreter.

- (5) An Beschlüssen der Organe des Kreisverbandes darf nicht mitwirken, wer hierdurch in eine Interessenkollision gerät. Eine Interessenkollision ist gegeben, wenn der Beschluss einen Einzelnen oder den Mitgliedsverband, dem er angehört, allein und unmittelbar betrifft.

## **Zweiter Abschnitt: Verbandliche Ordnung**

### **§ 5 Zuständigkeit des Bundesverbandes**

- (1) Dem Bundesverband obliegt es, die Tätigkeit und die Zusammenarbeit seiner Mitgliedsverbände durch zentrale Maßnahmen und einheitliche Regelungen zu fördern. Er sorgt für die Einhaltung der Grundsätze und die notwendige Einheitlichkeit im Deutschen Roten Kreuz und setzt verbandspolitische Ziele. Er stellt sicher, dass die Mitgliedsverbände und ihre Mitglieder die Pflichten erfüllen, die einer nationalen Rotkreuzgesellschaft durch die Genfer Abkommen von 1949 und ihren Zusatzprotokollen sowie durch die Beschlüsse der Organe der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung auferlegt sind. Er ist der alleinige Rechtsträger von Namen und Kennzeichen des Deutschen Roten Kreuzes.
- (2) Für folgende Aufgaben ist ausschließlich der Bundesverband zuständig:
1. für die Vertretung gegenüber den Organisationen der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung im Sinne von § 1 Abs. 2 Satz 3;
  2. für die Vertretung gegenüber den Organen der Bundesrepublik Deutschland und den zentralen Behörden der Bundesverwaltung;
  3. für die Vertretung gegenüber bundesweit tätigen Verbänden auf Bundesebene sowie gegenüber ausländischen und internationalen Organisationen mit nationalem Bezug;

---

<sup>5</sup> Die Formulierung entspricht § 4 Abs. 3 der LV-Satzung

4. für die internationale Zusammenarbeit, einschließlich der internationalen Katastrophenhilfe und Entwicklungszusammenarbeit;
5. für die Regelung der Verwendung des Rotkreuz-Zeichens und die Gestattung seiner Verwendung;
6. für die auf Bundesebene zu treffenden Vereinbarungen und Regelungen über die Aufstellung, die Ausbildung, die Ausstattung und den Einsatz von Einheiten sowie die Bereitstellung von Einrichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung.
7. für die Führung, die Ausgestaltung und die Nutzung eines zentralen Registers über ausgeschiedene Mitglieder (natürliche Personen) einer Gliederung oder ausgeschiedene Beschäftigte aufgrund schädigenden Verhaltens, sofern dieses mit der Rotkreuz-Tätigkeit des Betroffenen zusammenhängt oder geeignet sein könnte, das Ansehen des Roten Kreuzes zu beeinträchtigen. Dies erfolgt unter Beachtung der datenschutzrechtlichen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen.

(3) Im Falle einer Katastrophe kann der Bundesverband die Koordinierung der Hilfsmaßnahmen übernehmen und mit eigenen Mitteln tätig werden, wenn das Präsidium oder, bei Gefahr im Verzuge, der Präsident das im Interesse der Opfer für zweckmäßig hält.

(4) Im Bereich seiner ausschließlichen Zuständigkeit kann der Bundesverband einen Mitgliedsverband mit dessen Einvernehmen im Einzelfall damit beauftragen, Aufgaben wahrzunehmen oder Maßnahmen zur Erfüllung solcher Aufgaben durchzuführen. Er ist in diesen Fällen weisungs- und aufsichtsberechtigt, wobei sich die Aufsicht auf die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Ausführung erstreckt. Dies gilt insbesondere auch für Partnerschaften zwischen Verbänden des Deutschen Roten Kreuzes mit regionalen und lokalen Gliederungen anderer Rotkreuz- oder Rothalbmond-Gesellschaften.

## **§ 6 Zuständigkeit des Landesverbandes und seiner Gliederungen sowie der DRK-Schwesternschaften; Rechte und Pflichten**

(1) Der Landesverband erfüllt seine Aufgaben gemeinsam mit den in ihm zusammengeschlossenen Gliederungen gemäß § 1 Abs. 3 Satz 2 der Satzung des Landesverbandes sowie deren Mitgliedern.

(2) Der Landesverband ist in seinem Verbandsgebiet ausschließlich zuständig:

- a) für die Vertretung gegenüber dem Bundesverband, gegenüber anderen Landesverbänden und gegenüber dem Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e. V.;
- b) für die Vertretung gegenüber den auf Landesebene tätigen Organen und Behörden und gegenüber landesweit tätigen Verbänden und Einrichtungen;
- c) für die auf Landesebene zu treffenden Vereinbarungen und Regelungen über die Aufstellung und die Ausstattung von Einheiten sowie die Bereitstellung von Einrichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung.

- (3) Es ist Aufgabe des Verbandes der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e. V. und seiner Mitgliedsverbände, in der beruflichen Kranken- und Kinderkrankenpflege allein oder gemeinsam mit einem Landesverband aus- und fortzubilden, über die Neugründung von Schwesternschaften zu entscheiden und einheitliche Regelungen für die Berufsausübung der Rotkreuz-Schwester zu treffen. Der Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e. V. und seine Gliederungen und die Landesverbände mit ihren jeweiligen Gliederungen stimmen ihre Aktivitäten in der beruflichen Pflege gegenseitig ab. Sie stellen sicher, dass sich die wahrgenommenen Aufgaben ergänzen.

Der Präsident des Landesverbandes oder sein Vertreter soll dem Präsidium<sup>3</sup> der in seinem Bereich tätigen Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz als Mitglied angehören.

- (4) Der Landesverband ist verpflichtet, die verbindlichen Regelungen (§ 16 Abs. 3 in Verbindung mit §§ 5 Abs. 1 und 13 Abs. 3 der Bundessatzung sowie § 13 Abs. 2 a) in Verbindung mit § 20 Abs. 2 Unterabs. 3 der Satzung des Landesverbandes) umzusetzen.

- (5) Im Falle einer Katastrophe kann der Landesverband die Koordinierung der Hilfsmaßnahmen übernehmen und mit eigenen Mitteln tätig werden, wenn das Präsidium oder, bei Gefahr im Verzuge, der Präsident das im Interesse der Opfer für zweckmäßig hält.

- (6) Im Bereich seiner ausschließlichen Zuständigkeit kann der Landesverband einen Mitgliedsverband im Einzelfall damit beauftragen, Aufgaben wahrzunehmen oder Maßnahmen zur Erfüllung solcher Aufgaben durchzuführen. Er ist in diesen Fällen weisungs- und aufsichtsberechtigt, wobei sich die Aufsicht auf die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Ausführung erstreckt.

## **§ 7 Zuständigkeit des Kreisverbandes und seiner Ortsvereine**

- (1) Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, führt der Kreisverband die satzungsmäßigen Aufgaben des Deutschen Roten Kreuzes in eigener Verantwortung durch.

Er erfüllt seine Aufgaben gemeinsam mit den in ihm zusammengeschlossenen Gliederungen gemäß § 1 Abs. 3 Satz 2 sowie deren Mitgliedern.

- (2) Der Kreisverband ist in seinem Verbandsgebiet ausschließlich zuständig:

a) für die Vertretung gegenüber dem Landesverband, gegenüber anderen Kreisverbänden und gegenüber den in seinem Verbandsbereich tätigen Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz;

b) für die Vertretung gegenüber den auf Landkreis- oder Stadtkreisebene tätigen Behörden und gegenüber landkreis- oder stadtkreisweit tätigen Verbänden und Einrichtungen;

- c) für die auf Kreisebene zu treffenden Vereinbarungen und Regelungen über die Aufstellung und die Ausstattung von Einheiten sowie die Bereitstellung von Einrichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung.
- (3) Der Kreisverband ist verpflichtet, die verbindlichen Regelungen (§ 16 Abs. 3 in Verbindung mit §§ 5 Abs. 1 und 13 Abs. 3 der Bundessatzung sowie § 13 Abs. 2 a) in Verbindung mit § 20 Abs. 2 Unterabs. 3 der Satzung des Landesverbandes sowie § 20 Abs. 2 Unterabs. 4 der Satzung des Landesverbandes) umzusetzen.
- (4) Satzung und Satzungsänderungen des Kreisverbandes bedürfen vor Stellung des Antrages auf Eintragung ins Vereinsregister der Genehmigung des Landesverbandes gemäß § 10 Abs. 5 a) der Satzung Landesverbandes.
- (5) Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, ebenso die Aufnahme von Darlehen, die Übernahme von Bürgschaften und sonstige finanzielle Verpflichtungen, die einen Betrag von 250.000 Euro überschreiten, bedürfen für ihre Wirksamkeit der vorherigen Zustimmung des Landesverbandes. Der Zustimmungsvorbehalt entfaltet nur Wirkung im Innenverhältnis und gilt auch für Gesellschaften, an denen der Kreisverband mehrheitlich beteiligt ist.
- (6) Der Kreisverband und seine Gliederungen gemäß § 1 Abs. 3 Satz 2 sind befugt, Partnerschaften mit regionalen und lokalen Gliederungen anderer Rotkreuz- oder Rothalbmond-Gesellschaften oder anderen ausländischen Organisationen/Einrichtungen einzugehen, wobei die Interessen des Deutschen Roten Kreuzes oder der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung nicht beeinträchtigt werden dürfen. Die Bestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit des Bundesverbandes sind zu beachten. Bei Partnerschaften ist über die jeweiligen übergeordneten Gliederungen die vorherige Zustimmung des Bundesverbandes einzuholen.
- (7) Die Gründung von oder die Beteiligung an privatrechtlichen Gesellschaften oder Einrichtungen zur Wahrnehmung von Hauptaufgabenfeldern gemäß § 16 Abs. 3 Satz 2 zweiter Spiegelstrich der Bundessatzung ist grundsätzlich nur mit Namen und Zeichen des Roten Kreuzes zulässig. Hierzu bedarf es der vorherigen Zustimmung des Landesverbandes und bezüglich der Verwendung des Namens und Zeichens des Roten Kreuzes der vorherigen Zustimmung des Bundesverbandes. Beabsichtigen derartig genehmigte Rechtsträger, andere privatrechtliche Gesellschaften oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen oder sich an solchen zu beteiligen, sind auch hierzu die vorgenannten Zustimmungen erforderlich. Das Gleiche gilt bei der Gründung von Tochterunternehmen oder der Übernahme von Unterbeteiligungen. Die Zuständigkeit des Bundesverbandes hinsichtlich der Verwendung des Namens und Zeichens des Roten Kreuzes (§ 5 Abs. 2 Ziff. 5 der Bundessatzung) bleibt unberührt.

Ausnahmen von Satz 1 bedürfen der vorherigen Zustimmung des Präsidiums des Deutschen Roten Kreuzes e. V., die nur aus wichtigem Grund versagt werden darf. Dies ist der Fall, wenn gegen verbindliche Regelungen des Deutschen Roten Kreuzes e. V. oder gegen sonstige wichtige Belange des Deutschen Roten Kreuzes verstoßen wird.

Bei der Gründung von oder der Beteiligung an privatrechtlichen Gesellschaften oder Einrichtungen des Privatrechts zur Wahrnehmung anderer als in Satz 1 genannter Aufgaben gelten die vorstehenden Regelungen mit der Maßgabe, dass lediglich das Einvernehmen mit dem Bundesverband herzustellen ist.

## **§ 8 Territorialitätsprinzip**

- (1) Der Kreisverband darf im Gebiet eines anderen Kreisverbandes nur nach den Bestimmungen der Satzung des Landesverbandes und dieser Satzung tätig werden.
- (2) Der Kreisverband kann in dem Gebiet eines anderen Kreisverbandes mit dessen vorheriger Zustimmung und der vorherigen Zustimmung des Landesverbandes tätig werden. Näheres regelt ein Vertrag.
- (3) Stellt der Kreisverband die Umsetzung der Beschlüsse der Verbandsgeschäftsführung Land gemäß § 23 der Satzung des Landesverbandes nicht sicher, entscheidet das Präsidium des Landesverbandes nach Anhörung des betreffenden Kreisverbandes und der Verbandsgeschäftsführung Land, ob und ggf. wie lange welche Gliederung mit der Wahrnehmung dieses Hauptaufgabenfeldes beauftragt werden soll. Die Übernahme der Aufgabe kann nur freiwillig erfolgen. Näheres regelt ein Vertrag zwischen den Betroffenen.

## **§ 9 Zusammenarbeit im Deutschen Roten Kreuz**

- (1) Der Kreisverband arbeitet mit allen Verbänden des Deutschen Roten Kreuzes und deren Mitgliedern eng und vertrauensvoll zusammen. Sie unterrichten sich jeweils rechtzeitig und angemessen über wichtige Angelegenheiten.

Jeder Verband respektiert die Rechte des anderen und leistet dem anderen die notwendige Hilfe.

- (2) Die Wahrnehmung der geltenden Weltkernaufgaben (derzeit: Verbreitungsarbeit, Katastrophenschutz, Katastrophenhilfe und örtliche Gesundheits- und Sozialarbeit in ihrer ehrenamtlichen Ausprägung) muss von allen Gliederungen des Deutschen Roten Kreuzes sichergestellt werden. Die Schwesternschaften wirken an der Wahrnehmung der Weltkernaufgaben mit.
- (3) Die Kreisverbände haben unter Einbeziehung ihrer Ortsvereine in ihrem Gebiet für die umfassende Wahrnehmung zumindest der Weltkernaufgaben zu sorgen. Eine Übertragung von Aufgaben auf die Ortsvereine, privatrechtliche Gesellschaften oder Einrichtungen, deren Träger ganz oder teilweise das Rote Kreuz ist, ist möglich. Die Verantwortung der Kreisverbände, die Aufsicht auszuüben, bleibt unberührt. Diese Bestimmungen gelten für die Schwesternschaften des Deutschen Roten Kreuzes entsprechend und werden in ihren Satzungen ausschließlich geregelt.

(4) Gemäß Absatz 1 sind dem übergeordneten Verband insbesondere unaufgefordert und unverzüglich zu melden:

- drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung,
- Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens,
- erfolgte Eröffnung eines Insolvenzverfahrens,
- schädigendes Verhalten von Vorstandsmitgliedern, Geschäftsführern oder leitenden Mitarbeitern,
- Einleitung eines amtlichen Ermittlungsverfahrens gegen diesen Personenkreis, sofern dieses mit der Rotkreuz-Tätigkeit des Betroffenen zusammenhängt oder geeignet sein könnte, das Ansehen des Roten Kreuzes zu beeinträchtigen,
- Berichte in der Öffentlichkeit über die vorgenannten Vorgänge, ohne Rücksicht darauf, ob sie wahr oder unwahr, verschuldet oder nicht verschuldet sind.

In diesen Fällen hat der übergeordnete Verband das Recht, sich über alle Angelegenheiten des Mitgliedsverbandes zu unterrichten. Er hat das Recht, die Geschäftsräume des Mitgliedsverbandes und seine Einrichtungen zu besichtigen, die Geschäfts-, Buch- und Kassenführung des Mitgliedsverbandes zu überprüfen, Akten und Geschäftsunterlagen des Mitgliedsverbandes einzusehen und gegebenenfalls sicherzustellen, Abschriften oder Kopien zu fertigen, ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter des Mitgliedsverbandes zu befragen sowie an Sitzungen der Organe, Ausschüsse und sonstigen Arbeitsgremien des Mitgliedsverbandes teilzunehmen oder die vorgenannten Rechte auf Kosten des Mitgliedsverbandes durch Dritte wahrnehmen zu lassen.

(5) Darüber hinaus hat der Kreisverband gegenüber dem Bundesverband (Generalsekretariat) unaufgefordert und unverzüglich alle erforderlichen Meldungen in Zusammenhang mit § 5 Abs 2 Nr. 7 vorzunehmen.

(6) Die Meldungen gemäß Absatz 4 und 5 sind durch das jeweilige Exekutivorgan des Mitgliedsverbandes vorzunehmen. Sofern Meldungen im Sinne des Absatzes 4 Spiegelstriche 4 bis 6 das Verhalten von Mitgliedern von Exekutivorganen betreffen, hat die Unterrichtung des Kreisverbands auch durch das jeweilige Aufsichtsorgan zu erfolgen.

(7) Der Kreisverband hat schwerwiegende oder folgenschwere Fälle unverzüglich seinem Landesverband und dem Bundesverband anzuzeigen.

## **§ 10 Entscheidungen der Verbandsgeschäftsführung Land**

(1) Die nach § 23 der Satzung des Landesverbandes gefassten Beschlüsse sind für die Mitgliedsverbände des Landesverbandes und deren Gliederungen sowie für die Schwesternschaften grundsätzlich verbindlich.

(2) Soweit der Kreisverband einen Beschluss gemäß §§ 23, 24 der Satzung des Landesverbandes nicht befolgen will oder kann, kann er unter Angabe der Gründe eine Befreiung bei der Verbandsgeschäftsführung Land beantragen.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> Ein Befreiungsantrag kann auch unmittelbar beim Präsidium des Landesverbandes gestellt werden, vgl. hierzu im Weiteren Absatz 4.

- (3) Die Verbandsgeschäftsführung Land entscheidet über diesen Antrag zügig nach pflichtgemäßem Ermessen. Der Beschluss ist dem Kreisverband zuzustellen.
- (4) Lehnt die Verbandsgeschäftsführung Land die Befreiung ab, kann der Kreisverband innerhalb eines Monats das Präsidium des Landesverbandes anrufen. Die Entscheidung des Präsidiums des Landesverbandes über den Antrag ist zügig zu treffen. Der Beschluss ist dem Kreisverband zuzustellen. Gegen die Entscheidung des Präsidiums des Landesverbandes ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe die Anrufung des Schiedsgerichts möglich.
- (5) Der Kreisverband hat Befreiungsanträge unverzüglich nach Kenntnis des Grundes zu stellen.
- (6) Die Anträge und Beschlüsse sind zu begründen.

### **Dritter Abschnitt: Mitgliedschaft**

#### **§ 11 Mitglieder**

- (1) Mitglieder des Kreisverbandes sind die in seinem Gebiet bestehenden Ortsvereine<sup>7</sup>, nämlich: Achern e. V. , Bühl e. V., Bühlertal, Eisental, Fautenbach, Gamshurst, Kappelrodeck-Waldulm, Lauf, Mösbach, Rebland, Önsbach, Ottenhöfen-Seebach, Ottersweier, Rheinmünster, Sasbach und Sinzheim-Hügelsheim e. V..
- (2) Die Mitglieder der Ortsvereine sind gleichzeitig Mitglieder des Kreisverbandes soweit die Satzung des Ortsvereins das vorsieht.
- (3) Mitglieder des Kreisverbandes können sein:
  - natürliche Personen ab Vollendung des 6. Lebensjahres
  - juristische Personen und sonstige Vereinigungen als korporative Mitglieder die bereit sind, die Aufgaben des Roten Kreuzes zu fördern
  - sowie die Ehrenmitglieder (vgl. § 14)
- (4) Der Kreisverband vermittelt seinen Mitgliedern und den Mitgliedern seiner Ortsvereine die Mitgliedschaft zum Deutschen Roten Kreuz. Die Mitgliedsverbände des Kreisverbandes sind selbständig, soweit sich nicht aus den Satzungen des Bundesverbandes und des Landesverbandes und dieser Satzung etwas anderes ergibt. Grundsätzlich sollten natürliche Personen Mitglieder eines Ortsvereins ihrer Heimatgemeinde sein.
- (5) Mitglieder, die natürliche Personen sind und die Aufgaben des Roten Kreuzes durch tätige Mitarbeit erfüllen, sind aktive Mitglieder.

---

<sup>7</sup> Soweit im Bereich des Kreisverbandes keine Ortsvereine bestehen, kann § 11 Abs. 1 entfallen.

## § 12 Ortsvereine

- (1) Für den Bereich einer oder mehrerer Gemeinden oder Gemeindeteile kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats des Kreisverbandes ein Ortsverein gegründet werden. Er soll mindestens 10 Mitglieder haben.
- (2) Mitglied des Ortsvereines können nur natürliche Personen ab Vollendung des 6. Lebensjahrs sein. § 11 Abs. 3 und 4 und § 14 gelten entsprechend. Korporative Mitglieder können aufgenommen werden, soweit sie im Bereich des Ortsvereins tätig sind.  
Der Beitritt von natürlichen Personen zum Ortsverein erfolgt durch schriftlichen Antrag gegenüber dem Ortsverein und Annahme des Antrags durch den Ortsvorstand oder gemäß § 15 Abs. 2 dieser Satzung.
- (3) Der Ortsverein ist ein nicht rechtsfähiger Verein. Er kann ein rechtsfähiger Verein sein, wenn ein Bedürfnis hierfür anerkannt worden ist. Die Eintragung in das Vereinsregister setzt die vorherige Zustimmung des Präsidiums des Landesverbandes auf Vorschlag des Aufsichtsrats des Kreisverbandes voraus. Die Eintragung in das Vereinsregister ändert nichts an den Rechten und Pflichten des Ortsvereins innerhalb des Deutschen Roten Kreuzes, insbesondere gegenüber dem zuständigen Kreisverband. Er führt den Namen „Deutsches Rotes Kreuz Ortsverein... ggf. mit dem Zusatz e.V.“. Sein Zeichen ist das völkerrechtlich anerkannte rote Kreuz auf weißem Grund. Seine Anwendung erfolgt entsprechend den Ausführungsbestimmungen des Internationalen Roten Kreuzes zur Verwendung des Wahrzeichens des Roten Kreuzes. Das Recht zur Führung wird durch den Bundesverband vermittelt.
- (4) Der Ortsverein hat neben den Aufgaben nach § 2 insbesondere folgende Aufgaben:
  - a) er vertritt die Ideen und Belange des Roten Kreuzes in seinem Bereich, insbesondere gegenüber den örtlichen Behörden;
  - b) er pflegt die Zusammenarbeit und Gemeinschaft seiner Mitglieder;
  - c) er führt die Wahl seiner Delegierten zur Kreisversammlung durch (§ 19 Abs. 3);
  - d) er führt die vom Landesverband angesetzten Haus- und Straßensammlungen durch; sonstige örtliche Sammlungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats des Kreisverbandes.
  - e) er richtet zur Erfüllung seiner Aufgaben Rotkreuzgemeinschaften ein.

Weitere Aufgaben können in gegenseitigem Einvernehmen dem Ortsverein vom Aufsichtsrat des Kreisverbandes übertragen werden.
- (5) Für den Ortsverein gilt § 8 Abs. 1 und 2 entsprechend.
- (6) Die finanziellen Beziehungen zwischen den Ortsvereinen und dem Kreisverband werden im Wirtschaftsplan des Kreisverbandes geregelt. Die Haushaltsführung der Ortsvereine wird vom Kreisverband überwacht. Ausrüstungsgegenstände und Räumlichkeiten des Kreisverbandes können den Ortsvereinen zu eigenverantwortlicher Verwaltung und Nutzung zugewiesen werden.

## § 13 Satzung der Ortsvereine

(1) Die Ortsvereine geben sich eine Satzung, die der vom Landesverband erlassenen Mustersatzung in der Fassung vom 11.10.2023 entspricht, soweit sie für verbindlich erklärt worden ist. Satzung und Satzungsänderungen bedürfen der Genehmigung des Vorstands des Kreisverbandes. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn gegen Satzungsrecht, gegen verbindliche Regelungen gem. § 16 Abs. 3 der Satzung des Bundesverbandes oder gem. § 13 Abs. 2 a) in Verbindung mit § 20 Abs. 2 Unterabs. 3 der Satzung des Landesverbandes oder § 20 Abs. 2 Unterabs. 4 der Satzung des Landesverbandes oder § 21 b Abs. 5 dieser Satzung oder gegen sonstige wichtige Belange des Roten Kreuzes verstoßen wird. Sofern es sich um einen eingetragenen Verein handelt, ist die Genehmigung vor Stellung des Antrages auf Eintragung ins Vereinsregister einzuholen.

(2) Die Satzung des Ortsvereins muss insbesondere folgende Bestimmungen enthalten:

a) Die Ortsvereine nehmen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit die Aufgaben des Roten Kreuzes (§ 2) nach den Grundsätzen des § 1 wahr.

b) Die Ortsvereine verwirklichen einheitliche Regelungen (§ 16 Abs. 3 in Verbindung mit §§ 5 Abs. 1 und 13 Abs. 3 der Bundessatzung sowie § 13 Abs. 2 a) in Verbindung mit § 20 Abs. 2 Unterabs. 3 der Satzung des Landesverbandes, § 20 Abs. 2 Unterabs. 4 der Satzung des Landesverbandes und § 21 b Abs. 5 dieser Satzung).

c) Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, ebenso die Aufnahme von Darlehen, die Übernahme von Bürgschaften und finanzielle Beteiligungen über 3.000 Euro bedürfen für ihre Wirksamkeit der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Ortsvereine unterliegen der Prüfung ihrer Haushaltspläne sowie ihrer Bücher- und Kassenführung durch den Kreisverband.

d) Die Satzung des Kreisverbandes und die Schiedsordnung des DRK sind für die Ortsvereine verbindlich. Soweit diese Vorschriften Mitgliedschaftsrechte und -pflichten enthalten, sind sie Bestandteil der Satzung der Ortsvereine. Soweit der Kreisverband kraft öffentlicher Bestimmungen oder aus anderen Gründen für die Erfüllung bestimmter Aufgaben zuständig ist, ist er berechtigt, Entscheidungen zu treffen, die auch für seine Ortsvereine unmittelbar verbindlich sind.

e) Die Gründung von oder die Beteiligung an privatrechtlichen Gesellschaften oder Einrichtungen zur Wahrnehmung von Hauptaufgabenfeldern gemäß § 16 Abs. 3 Satz 2 zweiter Spiegelstrich der Bundessatzung ist grundsätzlich nur mit Namen und Zeichen des Roten Kreuzes zulässig. Hierzu bedarf es der vorherigen Zustimmung der übergeordneten Gliederungen (Kreis- und Landesverband) und bezüglich der Verwendung des Namens und Zeichens des Roten Kreuzes der vorherigen Zustimmung des Bundesverbandes. Beabsichtigen derartig genehmigte Rechtsträger, andere privatrechtliche

Gesellschaften oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen oder sich an solchen zu beteiligen, sind auch hierzu die vorgenannten Zustimmungen erforderlich. Das Gleiche gilt bei der Gründung von Tochterunternehmen oder der Übernahme von Unterbeteiligungen. Die Zuständigkeit des Bundesverbandes hinsichtlich der Verwendung des Namens und Zeichens des Roten Kreuzes (§ 5 Abs. 2 Ziff. 5 der Bundessatzung) bleibt unberührt.

Ausnahmen von Satz 1 bedürfen der vorherigen Zustimmung des Präsidiums des Deutschen Roten Kreuzes e. V., die nur aus wichtigem Grund versagt werden darf. Dies ist der Fall, wenn gegen verbindliche Regelungen des Deutschen Roten Kreuzes e. V. oder gegen sonstige wichtige Belange des Deutschen Roten Kreuzes verstoßen wird.

Bei der Gründung von oder der Beteiligung an privatrechtlichen Gesellschaften oder Einrichtungen zur Wahrnehmung anderer als in Satz 1 genannter Aufgaben gelten die vorstehenden Regelungen mit der Maßgabe, dass lediglich das Einvernehmen mit dem Bundesverband herzustellen ist.

- f) Die Ortsvereine sind verpflichtet, ihre Jahresabschlüsse dem Kreisverband vorzulegen.
  - g) Der Kreisverband ist berechtigt, die Jahresabschlüsse, die Prüfberichte, die Wirtschaftspläne und die Bücher der Ortsvereine selbst oder durch Beauftragte einzusehen und zu überprüfen.
- (3) Organe des Ortsvereins sind die Mitgliederversammlung und der ehrenamtliche Ortsvorstand.
- a) Die Mitgliederversammlung tritt jährlich einmal zusammen. Der Vorsitzende kann jederzeit weitere Mitgliederversammlungen einberufen. Er muss dies tun, wenn es von einem Zehntel der aktiven Mitglieder schriftlich beantragt wird. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden einberufen und geleitet. Die Einberufung erfolgt in ortsüblicher Weise unter Einhaltung der Frist von zwei Wochen und Angabe einer Tagesordnung. Die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist in jedem Falle beschlussfähig.
  - b) Der Ortsvorstand besteht zumindest aus:

- dem Vorsitzenden,
- seinem Stellvertreter,
- einem Kassierer sowie
- je einem Vertreter aller im Ortsverein vertretenen Gemeinschaften

Hauptberufliche Mitarbeiter des Ortsvereins können nicht einem Organ des Kreis- oder Landesverbandes angehören.

Der Ortsvorstand soll auf die Dauer von vier Jahren gewählt werden. Er bleibt bis zur Neuwahl im Amt. Der Ortsvorstand erstattet mindestens zweijährlich einen Tätigkeitsbericht an die Mitgliederversammlung und legt ihr den Jahresabschluss vor.

## **§ 14 Ehrenmitglieder**

Personen, die sich um das Rote Kreuz besonders verdient gemacht haben, können vom Kreisausschuss zu Ehrenmitgliedern des Kreisverbandes ernannt werden.

## **§ 15 Erwerb der Mitgliedschaft**

- (1) Der Beitritt zum Kreisverband erfolgt durch schriftlichen Antrag gegenüber dem Kreisverband und Annahme des Antrages durch den Kreisverband. Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Aufsichtsrat. Dieser setzt auch das Stimmrecht und den Mitgliedsbeitrag der korporativen Mitglieder (§ 11 Abs. 3) fest.
- (2) Mit der Mitgliedschaft im Kreisverband wird die Mitgliedschaft im Ortsverein erworben, wenn am Wohnsitz des Mitglieds ein Ortsverein des Kreisverbandes besteht und das Mitglied oder der Ortsverein dem nicht widerspricht.
- (3) Vereinigt sich der Kreisverband oder ein Teil des Kreisverbandes mit einem anderen Kreisverband, so werden die dadurch Betroffenen Mitglieder des neuen Kreisverbandes.
- (4) Bei der Neugründung eines Ortsvereines wird die Mitgliedschaft mit der Zustimmung des Aufsichtsrats nach § 12 erworben.

## **§ 16 Allgemeine Rechte und Pflichten der Mitglieder**

- (1) Alle Mitglieder des Kreisverbandes sind verpflichtet, die in § 1 genannten Grundsätze des Roten Kreuzes zu beachten.
- (2) Natürliche Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, können ihre Mitwirkungsrechte in dem Ortsverein ihres Wohnsitzes ausüben. Auf Antrag kann dem Mitglied auch ein anderer Ortsverein zugewiesen werden.
- (3) Die Mitglieder zahlen den von der Kreisversammlung festgesetzten Vereinsbeitrag. Der Aufsichtsrat des Kreisverbandes kann im Einzelfall von der Zahlung befreien. Die Zugehörigkeit zum Jugendrotkreuz ist beitragsfrei.
- (4) Der Kreisverband versichert die aktiven Mitglieder für die Zeit der Rotkreuztätigkeit gegen Unfall und Haftpflicht.
- (5) Für die Angehörigen der Rotkreuz-Gemeinschaften gelten die gemeinsamen allgemeinen Regeln für die ehrenamtliche Tätigkeit im Deutschen Roten Kreuz.

## **§ 17 Ende der Mitgliedschaft**

- (1) Die Mitgliedschaft erlischt durch:

- Kündigung der Mitgliedschaft,
- Überweisung an einen anderen Rotkreuzverband oder **Ausschluss**,
- Auflösung des Ortsvereins

- Auflösung oder Aufhebung des korporativen Mitglieds,
- Austrittserklärung gegenüber dem Kreisverband;
- Tod der natürlichen Person,

- (2) Die Mitglieder gemäß § 11 Abs. 1 und 3 können ihre Mitgliedschaft im Kreisverband auf den Schluss eines Kalenderjahres mit einer Frist von drei Monaten kündigen. Diese Frist gilt auch für alle übrigen Mitglieder.
- (3) Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Dies ist insbesondere der Fall, wenn
- a) ein Mitglied das Ansehen oder die Interessen des Roten Kreuzes schädigt,
  - b) trotz wiederholter Mahnungen oder Maßnahmen nach § 36 seinen Pflichten nicht nachkommt oder
  - c) ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt und ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt ist, das Insolvenzverfahren eröffnet ist oder die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse rechtskräftig abgelehnt ist.

Über den Ausschluss entscheidet der Aufsichtsrat des Kreisverbandes. Es kann zur Vermeidung des Ausschlusses einstweilige Regelungen gegenüber dem Mitglied treffen. Gegen die einstweilige Regelung sowie den Ausschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung des Beschlusses das Schiedsgericht angerufen werden. Der Beschluss muss eine Rechtsbehelfsbelehrung enthalten.

- (4) Ein Ortsverein, dessen Mitgliedschaft erloschen ist, verliert das Recht, Namen und Zeichen des Roten Kreuzes zu führen.
- (5) Mit dem Ende der Mitgliedschaft einer natürlichen Person erlischt auch die Zugehörigkeit zu einer Rotkreuzgemeinschaft.
- (6) Mitglieder, die über ein Jahr lang der Beitragspflicht nicht nachkommen, können nach erfolgloser Mahnung durch Beschluss des Aufsichtsrats ausgeschlossen werden. Soweit das Mitglied einem Ortsverein angehört, ist dieser zuvor zu hören.

## **Vierter Abschnitt: Organisation**

### **§ 18 Organe**

(1) Organe des Kreisverbandes sind:

- die Kreisversammlung,
- der Kreisausschuss
- der Aufsichtsrat
- der hauptamtliche Vorstand

(2) Die innere Ordnung aller Gremien des Kreisverbandes regelt § 18a, soweit diese Satzung nichts anderes festlegt.

(3) Die Tätigkeit in einem Organ des Kreisverbandes ist ehrenamtlich. Ausgenommen hiervon ist die Tätigkeit des hauptamtlichen Vorstands.

(4) Das Wahlamt in einem Organ des Verbandes ist persönlicher Natur. Eine Vertretung ist nur in den von der Satzung vorgegebenen Fällen zulässig.

### **§ 18a Innere Ordnung**

(1) Die nachfolgenden Regelungen der inneren Ordnung gelten, soweit die Satzung nichts anderes vorsieht, für alle Gremien des Kreisverbandes einschließlich seiner Organe.

(2)

1. Die Gremien wählen aus dem Kreis ihrer Mitglieder jeweils einen Vorsitzenden und seinen Stellvertreter.
2. Gewähltes Mitglied eines Gremiums können nur Personen sein, welche im Kreisverband oder einem der Mitgliedsverbände ehrenamtlich aktiv tätig sind.
3. Zum Zeitpunkt der Beendigung der aktiven Tätigkeit in einer solchen Funktion endet auch die Berufung in das Wahlamt, spätestens jedoch mit Ablauf der laufenden Amtsperiode, wenn dieser Umstand von dem Wahlorgan ausdrücklich bestätigt wurde. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Kreisausschusses.

(3)

1. Die Wahlen für den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden erfolgen innerhalb der Gremien des Verbandes durch Akklamation, wenn nicht mehr als ein Zehntel der anwesenden bzw. vertretenen Mitglieder der Gremien eine geheime Wahl verlangt, welche dann schriftlich mittels Stimmzetteln durchzuführen ist.
2. Vorschlagsberechtigt für die Wahlen innerhalb der Gremien ist jedes Mitglied des Gremiums.

(4) Die Amtszeit der gewählten Mandatsträger beträgt vier Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Die Mandatsträger bleiben bis zur Neuwahl im Amt, es sei denn, diese Satzung enthält eine andere Regelung.

- (5) Die Einberufung der Gremien des Verbandes erfolgt durch den Vorsitzenden, im Verhinderungsfall durch seinen Stellvertreter. Die Einladung muss mindestens zwei Wochen vor dem Termin der Sitzung unter Vorlage der Tagesordnung erfolgen. Bis zur Sitzung und in der Sitzung können Tagesordnungspunkte angesetzt werden, sofern nicht mindestens ein Zehntel der in der Sitzung anwesenden bzw. vertretenen Mitglieder des Gremiums diesem Verfahren widerspricht. Die Einladung erfolgt in Textform, ggfs. elektronisch. Jedes Gremium des Verbandes ist einzuberufen, wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dieses schriftlich verlangt.
- (6) Von jeder Sitzung eines Gremiums ist eine Niederschrift anzufertigen und allen Mitgliedern zur Verfügung zu stellen. Protokolle werden vom Protokollführer erstellt und von ihm sowie dem Vorsitzenden bzw. dem Sitzungsleiter unterzeichnet.
- (7) Jede ordnungsgemäß einberufene Versammlung des Gremiums ist unabhängig von der Zahl der erschienen Mitglieder beschlussfähig, sofern die Satzung nicht ausdrücklich etwas anderes vorsieht. Beschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst, sofern die Satzung nicht ausdrücklich etwas anderes vorsieht. Es wird offen abgestimmt, wenn nicht ein Zehntel der Stimmberechtigten geheime, schriftliche Abstimmung beantragt.
- (8) Die Gremiensitzung ist nach Möglichkeit in Präsenz durchzuführen. Der Vorsitzende des Gremiums kann jedoch nach seinem Ermessen beschließen und in der Einladung mitteilen, dass
  - a) die Teilnehmer des Gremiums ohne Anwesenheit an einem Versammlungsort teilnehmen und ihre Mitgliederrechte im Wege der elektronischen Kommunikation ausüben können (Sitzung hybrid) oder
  - b) die Gremien ohne Anwesenheit an einem Versammlungsort im Wege der elektronischen Kommunikation durchgeführt wird (Sitzung nur digital).Im Übrigen gelten die gleichen Anforderungen an die Einladung und für die Beschlussfähigkeit und die gleichen Zustimmungsquoren zur Fassung von Beschlüssen wie bei Präsenzveranstaltungen oder -sitzungen nach den Bestimmungen dieser Satzung. Das Präsidium kann in einer Geschäftsordnung geeignete technische und organisatorische Maßnahmen für die Durchführung von Versammlungen im Sinne des Abs. 8 Buchstabe a und b beschließen. Die Geschäftsordnung ist nicht Bestandteil der Satzung. Für Erlass, Änderung und Aufhebung ist das Präsidium zuständig, der hierüber mit einfacher Mehrheit beschließt.
- (9) Ein Beschluss ohne Durchführung der Gremiumssitzung ist gültig, wenn alle stimmberechtigten Teilnehmer des Gremiums beteiligt wurden, bis zu dem gesetzten Termin mindestens 2/3 der stimmberechtigten Teilnehmer ihre Stimmen in Textform abgegeben haben und der Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit gefasst wurde (Umlaufverfahren). Hier ist eine Rückmeldefrist (gesetzter Termin) von mindestens 14 Tagen festzulegen. Die Entscheidung über die Durchführung des Umlaufverfahrens trifft der Vorsitzende des Gremiums. Dies gilt auch für Wahlen.
- (10) Die Haftung sämtlicher nach dieser Satzung ehrenamtlich tätigen Organmitglieder ist auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.

## **§ 19 Stellung und Zusammensetzung der Kreisversammlung**

- (1) Die Kreisversammlung ist das oberste Beschlussorgan des Kreisverbandes.
- (2) Die Kreisversammlung besteht aus:
  - den in Stimmbezirken gewählten Delegierten der Ortsvereine,
  - den Vertretern der korporativen Mitglieder, denen ein Stimmrecht eingeräumt worden ist,
  - den Mitgliedern des Aufsichtsrats des Kreisverbandes,
  - den Mitgliedern des Kreisausschusses
- (3) Die Delegierten der Ortsvereine und die Ersatzdelegierten sollen für die Dauer von vier Jahren in einer Mitgliederversammlung gewählt werden. Die Delegierten der direkten Mitglieder gem. § 11 Ziffer 3 und 4 dieser Satzung werden vom Kreisausschuss entsprechend dem jeweils gültigen Berechnungsschlüssel bestimmt (vgl. § 21 b Abs. 1 h). Mitglieder des Kreisausschusses können nicht gleichzeitig als Delegierte gewählt werden.
- (4) Die Zahl der Delegierten eines Ortsvereins wird aus der Zahl der in seinem Bereich wohnhaften Rotkreuz-Mitgliedern nach einem vom Kreisausschuss des Kreisverbandes zu beschließenden Schlüssel errechnet. Die Gesamtzahl der Delegierten muss größer sein als die der weiteren Mitglieder des Kreisverbandes.
- (5) Die Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter unter den Delegierten eines Ortsvereins darf 20 von 100 nicht überschreiten, wobei jedenfalls ein Delegierter (pro Ortsverein) hauptamtlicher Mitarbeiter sein darf.
- (6) Jedes Mitglied der Kreisversammlung hat eine Stimme; Stimmübertragung ist nicht zulässig.
- (7) Der hauptamtliche Vorstand nimmt beratend an der Kreisversammlung teil.

## **§ 20 Aufgaben der Kreisversammlung**

- (1) Die Kreisversammlung wählt für eine Amtszeit von vier Jahren
  - a) den Aufsichtsrat
  - b) einen oder mehrere Rechnungsprüfer zur Prüfung der Angemessenheit und Zweckmäßigkeit der Mittelverwendung beim Kreisverband;
  - c) die Delegierten der Landesversammlung und die Ersatzdelegierten
- (2) Die Kreisversammlung
  - a) beschließt über grundsätzliche Fragen der Rotkreuzarbeit;

- b) beschließt über die Feststellung des Jahresabschlusses;
- c) beschließt über die Entlastung des Aufsichtsrats
- d) bestellt einen oder mehrere Abschlussprüfer auf Vorschlag des Aufsichtsrats;
- e) nimmt den Tätigkeitsbericht des Vorstandes inkl. der Gemeinschaften entgegen;
- f) beschließt über die Vorlagen des Aufsichtsrats und des Vorstandes
- g) beschließt über die Abberufung von Mitgliedern des Aufsichtsrats des Kreisverbandes
- h) beschließt
  - aa) vorbehaltlich der Genehmigung des Präsidiums des Landesverbandes (§ 20 Abs. 6 a) der Satzung des Landesverbandes) über Satzungen und Satzungsänderungen,
  - bb) über die Auflösung des Kreisverbandes und den Austritt aus dem Landesverband  
mit einer Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder. Ein Antrag nach dieser Vorschrift muss mindestens 3 Monate vor der durchzuführenden Kreisversammlung den Mitgliedern unter Angabe des Datums der Kreisversammlung mitgeteilt werden.
- i) beschließt vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung des Landesverbandes (§ 3 Abs. 6 Satz 2 der Satzung des Landesverbandes) über die Änderung des Verbandsgebiets (und die Umgliederung von Mitgliedern);

## **§ 21 Durchführung der Kreisversammlung**

- (1) Die Kreisversammlung findet jährlich statt. Der Vorsitzende kann jederzeit weitere Kreisversammlungen einberufen. Er muss dies tun, wenn es von einem Zehntel der Mitglieder der Kreisversammlung unter Angabe des Beratungsgegenstandes schriftlich beantragt wird.
- (2) Der Vorsitzende des Aufsichtsrats des Kreisverbandes beruft die Kreisversammlung unter Angabe der Tagesordnung mit einer Einladungsfrist von vier Wochen in Textform ein. Die Einladungsfrist ist gewahrt, wenn zwischen der Versendung der Ladung und der Kreisversammlung eine Frist von vier Wochen liegt. Die Einladung der Delegierten erfolgt an die Ortsvereine.
- (3) Die Mitglieder der Kreisversammlung können Anträge zur Tagesordnung stellen. Diese müssen begründet werden und spätestens zwei Wochen vor dem Versammlungstermin bei der Kreisgeschäftsstelle eingehen, die sie unverzüglich den Mitgliedern der Kreisversammlung zuzuleiten hat. Später eingehende Anträge können nur dann auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn 2/3 der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder der Kreisversammlung zustimmen. Die Sätze 2 und 3 gelten nicht für Gegen- und Abänderungsanträge und Anträge zur Geschäftsordnung.

- (4) Der Vorsitzende des Aufsichtsrats beschließt und informiert in der Einladung darüber, ob die Gremiensitzung in Präsenz, hybrid oder digital stattfindet oder im Umlaufverfahren durchgeführt wird.

## **§ 21 a Kreisausschuss**

- (1) Der Kreisausschuss ist aufsichtsführendes und beschließendes Organ für die ihm satzungsgemäß übertragenen Aufgaben.
- (2) Der Kreisausschuss besteht aus
- den Mitgliedern des Aufsichtsrats
  - dem Kreisverbandsarzt und Stellvertreter
  - der Kreisbereitschaftsleitung
  - der Leitung der Sozialarbeit
  - der Leitung des Jugendrotkreuzes
  - dem Konventionsbeauftragten des Kreisverbandes und Stellvertreter
  - dem Rotkreuzbeauftragten des Kreisverbandes und Stellvertreter
  - den Vorsitzenden der Ortsvereine
  - den Mitgliedern des Ehrenrats des Kreisverbandes
- Alle Mitglieder werden durch den gewählten Stellvertreter vertreten.
- (3) Der Vorsitzende des Kreisausschusses kann Gäste zulassen
- (4) Der hauptamtliche Vorstand nimmt beratend an den Sitzungen des Kreisausschusses teil.
- (5) Der Kreisausschuss tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Der Vorsitzende beschließt und informiert in der Einladung darüber, ob die Gremiensitzung in Präsenz, hybrid oder digital stattfindet oder im Umlaufverfahren durchgeführt wird.
- (6) Die Mitglieder des Kreisausschusses wählen für eine Amtszeit von vier Jahren aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter. Die Amtszeit soll identisch mit der Amtszeit des Aufsichtsrates sein. Der Vorsitz des Kreisausschusses soll von einem Ortsvereinsvorsitzenden wahrgenommen werden, der nicht zugleich Vorsitzender des FAED ist, oder eine andere Funktion im Aufsichtsrat ausübt.

## **§ 21 b Aufgaben des Kreisausschusses**

(1) Der Kreisausschuss hat bezüglich der Tätigkeit des Aufsichtsrats ein Informations- und Auskunftsrecht.

Er beschließt über

- a) alle Fragen der ehrenamtlichen Rotkreuzarbeit, soweit sie nicht die GmbH'en berühren; § 27 (2) bleibt unberührt;
  - b) Zustimmungen und Empfehlungen zu den Jahresabschlüssen
  - c) Vorlagen an die Kreisversammlung
  - d) Zustimmung zu Gebietsänderungen von Ortsvereinen
  - e) Gegenstände, welche die Kreisversammlung dem Kreisausschuss ausdrücklich zur Beschlussfassung zuweist;
  - f) das Stimmrecht der korporativen Mitglieder
  - g) die Bestimmung der Delegierten der direkten Mitglieder des Kreisverbandes (§ 11 Abs. 3) zur Kreisversammlung
  - h) Delegiertenschlüssel zur Kreisversammlung
  - i) die Höhe des Mindestvereinsbeitrags und die Höhe der Umlagen der Ortsvereine an den Kreisverband
  - j) die vom Registergericht bzw. Landesverband geforderten oder redaktionell gebotenen Satzungsänderungen.
  - k) die Bildung von Arbeitskreisen gem. § 23
- (2) Der Kreisausschuss kann der Kreisversammlung zu wählende Amtsträger nach § 20 (1) vorschlagen und wählt deren Nachfolger, die vorzeitig ausgeschieden sind, für den Rest der Amtszeit.
- (3) Der Kreisausschuss ernennt die Ehrenmitglieder.
- (4) Der Kreisausschuss ist verantwortlich für die zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Rotkreuzarbeit.
- (5) Hält der Kreisausschuss im Rahmen der satzungsrechtlichen Zuständigkeiten des Kreisverbandes einheitliche Regelungen in allen Ortsvereinen und in den von diesen gebildeten Rechtsträgern für angezeigt, so kann er vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrats Bestimmungen erlassen, die für alle Ortsvereine verbindlich sind. Der Kreisausschuss kann der Kreisversammlung zu wählende Amtsträger nach.
- (6) Für die Durchführung der Sitzungen gilt § 21 sinngemäß mit der Maßgabe, dass die Einladungsfrist zwei Wochen beträgt. Schriftliche Abstimmung im Umlaufverfahren ist zulässig, sofern kein Mitglied Einspruch erhebt.

## § 22 Aufsichtsrat<sup>8</sup>

### (1) Der Aufsichtsrat besteht aus

den von der Kreisversammlung zu wählenden Mitgliedern

- dem Vorsitzenden,
- seinem Stellvertreter/seinen Stellvertretern,
- sowie bis zu sechs weiteren Mitgliedern.

Es ist empfohlen, jeweils mindestens ein Mitglied aus den Berufsgruppen Medizin (Kreisverbandsarzt), Recht (Kreisjustitiar), Betriebswirtschaft zu wählen.

den Mitgliedern kraft Amtes, nämlich

dem Vorsitzenden des Kreisausschusses und bei nachhaltiger Verhinderung einem Stellvertreter

- dem Vorsitzenden des Fachausschusses Ehrenamtlicher Dienst und bei nachhaltiger Verhinderung einem seiner Stellvertreter

Die Aufsichtsratsmitglieder üben ihr Amt ehrenamtlich aus.

- (2) Der Aufsichtsrat wird vertreten vom Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. seinem Stellvertreter jeweils zusammen mit einem weiteren Aufsichtsratsmitglied (Vier-Augen-Prinzip). Soweit in dieser Satzung Aufgaben dem Aufsichtsratsvorsitzenden zugewiesen sind, werden sie im Fall von dessen Ausscheiden oder nachhaltiger Verhinderung von seinen Stellvertretern einzeln wahrgenommen. Im Fall von § 24 Abs. 5/§ 37 Abs. 1 (Eilmaßnahmen bei Gefahr in Verzug) können die Stellvertreter nur gemeinsam handeln.
- (3) Alle Ämter stehen Männern und Frauen in gleicher Weise offen. Ist der Vorsitzende ein Mann, so soll der Stellvertreter/einer seiner Stellvertreter eine Frau sein oder umgekehrt.
- (4) Der Aufsichtsrat hat den hauptamtlichen Vorstand zu seinen Sitzungen beratend hinzu zu ziehen.
- (5) Die Amtszeit des Aufsichtsrats beträgt vier Jahre. Er bleibt bis zur Neuwahl im Amt. Wiederwahl ist zulässig.
- (6) Aufsichtsratssitzungen finden mindestens viermal Mal im Jahr statt. Sie werden vom Vorsitzenden einberufen und geleitet. Die Einberufung erfolgt in Textform mit einer Frist von 14 Tagen. Mit Zustimmung der Aufsichtsratsmitglieder kann die Einladung auch elektronisch erfolgen.
- (7) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder ein Stellvertreter, anwesend ist.
- (8) Der Vorsitzende des Aufsichtsrats beschließt und informiert in der Einladung darüber, ob die Gremiensitzung in Präsenz, hybrid oder digital stattfindet oder im Umlaufverfahren durchgeführt wird.

<sup>8</sup> Gemeint ist das ehrenamtliche Aufsichtsorgan, dessen Bezeichnung (Präsidium oder Aufsichtsrat) freigestellt ist.

## § 23 Aufgaben des Aufsichtsrats

(1) Der Aufsichtsrat fördert und koordiniert die Rotkreuzarbeit.

Er ist für die verbandspolitische Leitung und Kontrolle des Kreisverbandes verantwortlich und übt insoweit die Verbandsaufsicht über seine Mitgliedsverbände aus.

Der Aufsichtsrat ist zuständig für die Verwirklichung von einheitlichen Regelungen, die aufgrund von § 16 Abs. 3 in Verbindung mit §§ 5 Abs. 1 und 13 Abs. 3 der Bundessatzung sowie § 13 Abs. 2 a) in Verbindung mit § 19 Abs. 1 Unterabs. 4 der Satzung des Landesverbandes getroffen werden.

(2) Er hat folgende weitere Aufgaben:

- a) Prüfung des Jahresabschlusses;
- b) Erstattung des Tätigkeitsberichts für die Kreisversammlung sowie Unterrichtung der Kreisversammlung und des Kreisausschusses über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung;
- c) den Wirtschaftsplan zu beschließen,
- d) Genehmigung von Änderungen (unterjährig) des Wirtschaftsplans;
- e) vorherige Zustimmung zu Rechtsgeschäften gemäß § 27 Abs. 4.  
Der Aufsichtsrat kann für weitere Geschäftsführungsmaßnahmen des hauptamtlichen Vorstandes die Zustimmungspflicht festlegen.  
Der Aufsichtsrat kann für zustimmungspflichtige Geschäftsführungsmaßnahmen Pauschalermächtigungen erteilen. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung gemäß Abs. 3 g).
- f) Bestellung des Rotkreuz-Beauftragten für Katastrophenfälle gemäß § 31;
- g) Beschluss über die Abberufung und vorläufige Amtsenthebung von Mitgliedern des Aufsichtsrats aus wichtigem Grund;
- h) Entscheidung über die Suspendierung oder den Entzug von Funktions- und Mitgliedsrechten eines Mitglieds;
- i) Entscheidung über die Aufnahme und den Ausschluss eines Mitgliedes;
- j) Beschluss über Rechtsgeschäfte nach § 7 Abs. 5 dieser Satzung
- k) Entscheidung über den Ausschluss eines Ortsvereines nach § 17 Abs. 3 dieser Satzung;

(3) Der Aufsichtsrat hat in Wahrnehmung der Aufsichtsfunktion gegenüber dem Vorstand insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Formulierung der Ziele für den Vorstand;

- b) Bestellung des Vorsitzenden des Vorstandes gemäß § 25 Abs. 3 Satz 2 und, im Benehmen mit ihm, der weiteren Mitglieder des Vorstandes;
  - c) Abberufung der Mitglieder des Vorstandes gemäß § 25 Abs. 3 Satz 3 und Entscheidung über eine vorläufige Amtsenthebung von Vorstandsmitgliedern durch den Aufsichtsratsvorsitzenden gemäß § 24 Abs. 7 Satz 1; Bestellung und Abberufung des weiteren Zeichnungsberechtigten gemäß § 25 Abs. 2 Satz 2;
  - d) Abschluss, Änderung und Beendigung der Anstellungsverträge für die Vorstandsmitglieder;
  - e) Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes;
  - f) Entlastung des Vorstandes;
  - g) Genehmigung der Geschäftsordnung für die Kreisgeschäftsstelle und den Vorstand;
  - h) Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB (Insichgeschäfte) im Einzelfall.
  - i) Beschlussfassung über Vorlagen des Vorstandes
- (4) Der Aufsichtsrat hat darüber zu wachen, dass die Grundsätze des Roten Kreuzes bei den Ortsvereinen einheitlich gewahrt und die Aufgaben des Roten Kreuzes im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel durchgeführt werden. Dabei hat er insbesondere:
- a) Satzungen und Satzungsänderungen nach § 13 Abs. 1 zu genehmigen<sup>9</sup> und die Rechtsfähigkeit von Ortsvereinen dem Landesverband vorzuschlagen;
  - b) Gebietsänderungen von Ortsvereinen innerhalb des Kreisverbandes zuzustimmen
  - c) die Entscheidungsbefugnis über die Verhängung von Ordnungsmaßnahmen nach § 36 Abs. 4 a - e, Verhängung von Zwangsgeldern bis zu einer Gesamthöhe von 50.000 Euro;
  - d) die Tätigkeit der Ortsvereine und der Rotkreuz-Gemeinschaften sowie die Umsetzung der Strategien und Ziele zu überwachen;
  - e) die vorherige Zustimmung zu Partnerschaften der Ortsvereine und deren Gliederungen mit regionalen und lokalen Gliederungen anderer Rotkreuz- oder Rothalbmondgesellschaften oder anderen ausländischen Organisationen/Einrichtungen zu erteilen, vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung des Bundes- und Landesverbandes;

---

<sup>9</sup> Dieses Recht kann auch dem Landesverband übertragen werden

- f) der Gründungen und Beteiligungen von privatrechtlichen Gesellschaften oder Einrichtungen vorher zuzustimmen;
  - g) über die vorherige Zustimmung zu Rechtsgeschäften der Ortsvereine gemäß § 13 Abs. 2 c dieser Satzung zu entscheiden;
  - h) über die Zustimmung zu Bestimmungen, die nach § 21b Abs. 5 nach der Entscheidung des Kreisausschusses für alle Ortsvereine verbindlich sein sollen, zu entscheiden.
- (5) Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann der Aufsichtsrat Berichte und Unterlagen von den Ortsvereinen anfordern.
  - (6) Der Aufsichtsrat kann für die Dauer seiner Amtszeit beratende Ausschüsse bilden. Es bestellt deren Mitglieder und legt deren Aufgabenstellungen fest. Die Ausschüsse geben dem Aufsichtsrat Empfehlungen.
  - (7) Der Aufsichtsrat ist befugt, ehrenamtliche Vorstandsmitglieder der Ortsvereine aus begründetem Anlass bis auf weiteres des Amtes zu entheben. Es kann einen anderen mit der Wahrung der Geschäfte beauftragen. § 17 Abs. 3 Unterabs. 2 (Anrufung des Schiedsgerichts) findet entsprechende Anwendung.
  - (8) Im Bereich seiner Zuständigkeit kann der Kreisverband im Einzelfall einen Mitgliedsverband im Einvernehmen mit diesem beauftragen, Aufgaben wahrzunehmen oder Maßnahmen zur Erfüllung solcher Aufgaben durchzuführen. Er ist in diesen Fällen weisungs- und aufsichtsberechtigt, wobei sich die Aufsicht auf die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Ausführung erstreckt.
  - (9) Der Aufsichtsrat vertritt den DRK-Kreisverband Bühl-Achern e. V. in den Gesellschafterversammlungen der beteiligten Gesellschaften.

## **§ 24 Der Aufsichtsratsvorsitzende**

- (1) Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist der oberste Repräsentant des Kreisverbandes. Er nimmt die Aufgaben wahr, die ihm durch Satzung, Kreisversammlung oder Aufsichtsrat übertragen werden.  
  
Er führt den Vorsitz in der Kreisversammlung und in den Sitzungen des Aufsichtsrats.
- (2) Der Vorsitzende wirkt daraufhin, dass die Organe des Kreisverbandes und seine Gliederungen gemäß § 1 Abs. 3 Satz 2 sowie deren Mitglieder vertrauensvoll zusammenarbeiten und ihre Arbeit aufeinander abstimmen.
- (3) Der Vorsitzende ordnet, wenn in dringenden Fällen eine Entscheidung des an sich zuständigen Organs nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, die notwendigen Maßnahmen an; er hat das zuständige Organ unverzüglich zu unterrichten und dessen Genehmigung einzuholen.

- (4) Der Vorsitzende kann die Ausübung einzelner seiner Befugnisse auf andere Aufsichtsratsmitglieder übertragen. Seine Verantwortung und das Recht zur eigenen Entscheidung werden hierdurch nicht berührt.
- (5) Der Vorsitzende kann Weisungen nach § 37 Abs. 1 erteilen.
- (6) Der Vorsitzende vertritt den Kreisverband in Fragen der Anstellung und Beendigung der Anstellungsverträge gegenüber den Vorstandsmitgliedern.
- (7) Der Vorsitzende kann die Vorstandsmitglieder aus wichtigem Grund vorläufig des Amtes entheben mit der Folge, dass dem betroffenen Vorstandsmitglied einstweilen die Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis entzogen wird. Das betroffene Vorstandsmitglied ist vor der Entscheidung zu hören. Über die endgültige Abberufung entscheidet der Aufsichtsrat. Die vorläufige Amtsenthebung wird unwirksam, wenn sie nicht vom Vorsitzenden innerhalb eines Monats endgültig bestätigt wird.
- (8) Der Vorsitzende bzw. sein Stellvertreter mit jeweils einem weiteren Aufsichtsratsmitglied (Vier-Augen-Prinzip) können ein Vorstandsmitglied ernennen, das für die Dauer der vorläufigen Amtsenthebung die Stelle des betroffenen Vorstandsmitgliedes einnimmt.
- (9) Der Vorsitzende bzw. sein Stellvertreter mit jeweils einem weiteren Aufsichtsratsmitglied (Vier-Augen-Prinzip) unterzeichnen die Dienstverträge der Vorstandsmitglieder.
- (10) Maßnahmen des Vorsitzenden nach den Absätzen 7 und 8 sind beim Vereinsregister anzumelden. Dies gilt auch für ihre Aufhebung.

## **§ 25 Vorstand im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches**

- (1) Der hauptamtliche Vorstand besteht aus höchstens drei Personen.
- (2) Jedes hauptamtliche Vorstandsmitglied vertritt den Kreisverband allein. Im Innenverhältnis ist jedes Vorstandsmitglied in seinem Anstellungsvertrag zu verpflichten, von seiner Vertretungsbefugnis nur unter Hinzuziehung eines anderen Vorstandsmitglieds oder durch einen weiteren durch den Aufsichtsrat bestellten Zeichnungsberechtigten Gebrauch zu machen; diese Regelung hat keine Wirkung gegenüber Dritten. Das Weitere regelt die Geschäftsordnung für den Vorstand.
- (3) Der Vorstand ist hauptamtlich tätig. Er wird vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt auf Zeit, höchstens jeweils auf die Dauer von fünf Jahren. Wiederholte Bestellung ist zulässig. Zu seiner Abberufung müssen die Beschlüsse des Aufsichtsrats mit einer Mehrheit von 2/3 der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst werden. Im Verhältnis zum hauptamtlichen Vorstand vertritt der Aufsichtsratsvorsitzende den Verein. Sind stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende bestellt, sind diese hinzu zu ziehen.
- (4) Der Aufsichtsrat ist befugt, für den Vorstand Verhinderungsstellvertreter/innen zu berufen.

## § 26 Kreisgeschäftsführer entfällt

## § 27 Aufgaben des hauptamtlichen Vorstandes

(1) Der hauptamtliche Vorstand führt die Geschäfte des Kreisverbandes unter Beachtung der Beschlüsse der Kreisversammlung und des Aufsichtsrats. Dem Vorstand obliegt die Führung der Geschäfte mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns. Er hat regelmäßig in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat eine Revision durchzuführen.

(2) Der Vorstand hat u. a.:

- a) den Wirtschaftsplan dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vorzulegen sowie Änderungen des laufenden Wirtschaftsplans dem Aufsichtsrat zur Genehmigung vorzulegen;
- b) den Jahresabschluss aufzustellen, dem Aufsichtsrat nach erfolgter Abschlussprüfung zur Prüfung und der Kreisversammlung zur Feststellung vorzulegen; den geprüften und festgestellten Jahresabschluss dem Landesverband vorzulegen;
- c) der Kreisversammlung und dem Aufsichtsrat Bericht über seine Tätigkeiten zu erstatten;
- d) die Beschlüsse der Kreisversammlung und des Aufsichtsrats vorzubereiten;
- e) an den Beschlüssen der Verbandsgeschäftsführung Land mitzuwirken und diese aufzubereiten;
- f) die von den Organen festgelegten Maßnahmen, Strategien und Ziele in seinem Verbandsgebiet umzusetzen und für deren Umsetzung gegenüber den Gliederungen (§ 1 Abs. 3 Satz 2) Sorge zu tragen;
- g) darauf hinzuwirken, dass die Mitgliedsverbände für die Einsatzfähigkeit der ehrenamtlichen Helfer Sorge tragen, unbeschadet der K-Vorschrift und den Ordnungen der Gemeinschaften;
- h) die Geschäftsordnung für die Kreisgeschäftsstelle und den hauptamtlichen Vorstand aufzustellen und dem Aufsichtsrat zur Genehmigung vorzulegen;
- i) das Recht, die Jahresabschlüsse, die Prüfberichte, die Wirtschaftspläne und die Bücher der Ortsvereine selbst oder durch Beauftragte einzusehen und zu überprüfen;
- j) den Haushaltsplan der Ortsvereine zu überwachen sowie ihre Bücher- und Kassenführung zu überprüfen;

Die Ergebnisse bzw. Berichte zu a) und c) sind dem Landesverband zur Kenntnis zu geben.

- (3) Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat mindestens vierteljährlich über alle wesentlichen Sachverhalte und Entwicklungen zu berichten, z. B. über
- a) den Stand der Umsetzung beschlossener Strategien und über andere grundsätzliche Fragen der Vereinsführung;
  - b) den Gang der Geschäfte gem. Abs. 1, die Einhaltung des Wirtschaftsplanes, die Liquidität und den Vermögensstand des Vereins und seiner Einrichtungen;
  - c) die Risiken des Verbandes und seiner Gliederungen (§ 1 Abs. 3 Satz 2).

- (4) Zur Vornahme folgender Rechtsgeschäfte bedarf der Vorstand im Innenverhältnis der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats:
- a) Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten;
  - b) Vornahme von baulichen Maßnahmen und sonstigen Anschaffungen;
  - c) Aufnahme von Darlehen und Krediten;
  - d) Gewährung von Darlehen an Dritte und Übernahme von Bürgschaften;
  - e) Gründung von und Beteiligungen an privatrechtlichen Gesellschaften oder Einrichtungen;
  - f) Abschluss von sonstigen Verträgen, die zu einer Verpflichtung des Deutschen Roten Kreuzes Kreisverband Bühl-Achern e. V. führen. Bei Dauerschuldverhältnissen ist die Gesamtverpflichtung maßgebend.

Der zustimmungsfreie Verfügungsrahmen ist vom Aufsichtsrat festzulegen und kann für die Zukunft jederzeit geändert werden.

- (5) Die übrigen Rechte und Pflichten des hauptamtlichen Vorstandes werden in einer Geschäftsordnung für den Vorstand, und in Anstellungsverträgen, die von dem Aufsichtsratsvorsitzenden zu unterzeichnen sind, geregelt.
- (6) Im Übrigen ist der hauptamtliche Vorstand für alle Aufgaben zuständig, die keinem anderen Organ zugewiesen sind.

## **§ 28 Kreisgeschäftsstelle**

Der Kreisverband unterhält eine Kreisgeschäftsstelle. Sie wird von dem hauptamtlichen Vorstand geleitet, der ihren organisatorischen Aufbau im Rahmen des vom Aufsichtsrat genehmigten Wirtschaftsplans festlegt, den Geschäftsgang bestimmt und beaufsichtigt, für die wirtschaftliche Planung und Durchführung verantwortlich ist, Vorgesetzter aller Arbeitnehmer des Kreisverbandes ist und deren arbeitsrechtliche Belange regelt.

## **§ 29 Fach- und Sonderausschüsse**

- (1) Für bestimmte Arbeitsgebiete können vom Kreisausschuss ständige Fachausschüsse gebildet werden. Sie haben beratende Funktion. Die Mitglieder der Fachausschüsse wählen ihre Vorsitzenden selbst. Mitglieder des Aufsichtsrats und der Vorstand haben das Recht der Anwesenheit in den Ausschüssen; sie müssen jederzeit gehört werden
- (2) Für die Erfüllung zeitlich begrenzter Aufgaben können die Kreisversammlung oder der Kreisausschuss sowie der Aufsichtsrat Sonderausschüsse mit beratender Funktion bilden und deren Mitglieder wählen. Abs. 1 Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend.
- (3) § 18 Abs. 3 gilt entsprechend.

### **§ 30 Konventionsbeauftragter**

Zur Verbreitung der Kenntnisse über das humanitäre Völkerrecht sowie der Grundsätze und Ideale der Bewegung bestellt der Aufsichtsratsvorsitzende einen Kreiskonventionsbeauftragten. Dessen Aufgaben bestimmen sich nach den vom Bundesverband erlassenen Richtlinien.

### **§ 31 Rotkreuz-Beauftragter für Katastrophenfälle**

Der Präsident des Landesverbandes ernennt im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat des Kreisverbandes den Beauftragten für den Katastrophenschutz (K-Beauftragter) und Stellvertreter für den Kreisverband. Dessen Aufgaben ergeben sich aus der Krisenmanagementvorschrift (K-Vorschrift) des Deutschen Roten Kreuzes.

#### **§ 31 a Ehrenrat**

- (1) Die Kreisversammlung kann einen Ehrenrat bilden. Dieser ist ein beratendes Gremium des Kreisverbandes.
- (2) Der Ehrenrat setzt sich zusammen aus den Ehrenmitgliedern des Kreisverbandes und weiteren Persönlichkeiten, die vom Kreisausschuss gewählt werden.
- (3) Der Ehrenrat soll zu allen Angelegenheiten gehört werden, die für den Kreisverband von besonderer Bedeutung sind.
- (4) Der Ehrenrat tritt jährlich mindestens einmal zusammen. Der Vorsitzende beschließt und informiert in der Einladung darüber, ob die Gremiensitzung in Präsenz, hybrid oder digital stattfindet oder im Umlaufverfahren durchgeführt wird.
- (5) Der Ehrenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter.

#### **§ 31 b Fachausschuss Ehrenamtlicher Dienst**

- (1) Der Fachausschuss Ehrenamtlicher Dienst vertritt und koordiniert die gemeinsamen Interessen der Gemeinschaften und sonstiger ehrenamtlicher Organisationsformen.
- (2) Der Fachausschuss Ehrenamtlicher Dienst besteht aus
  1. dem Kreisbereitschaftsleiter
  2. der Kreisbereitschaftsleiterin
  3. dem Leiter der Sozialarbeit
  4. bis zu drei Mitgliedern aus der JRK-Kreisleitung
  5. dem Kreisverbandsarzt und seinem Vertreter
  6. jeweils einem weiteren Vertreter der Mitglieder nach 1 - 4, die von den Gemeinschaften benannt werden
  7. bis zu vier weiteren Vertretern ehrenamtlicher Arbeit, die vom Fachausschuss benannt werden.

- (3) Der Fachausschuss hat insbesondere die folgenden Aufgaben:
1. Weiterentwicklung der ehrenamtlichen Rotkreuzarbeit auf Kreisverbandsebene
  2. Förderung und Abstimmung der Arbeit der Gemeinschaften
  3. Erarbeiten von Beschlussvorlagen für die Organe des Kreisverbandes
  4. Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit in den Ortsvereinen
  5. Zusammenarbeit mit dem Fachausschuss auf Landesebene
- (4) Der Vorsitzende beschließt und informiert in der Einladung darüber, ob die Gremiensitzung in Präsenz, hybrid oder digital stattfindet oder im Umlaufverfahren durchgeführt wird.
- (5) Der Fachausschuss ist berechtigt, in die Organe des Kreisverbandes die Behandlung von Fragen einzubringen und Anträge zur Beschlussfassung zu stellen.
- (6) Auf Beschluss des Kreis Ausschusses werden dem Fachausschuss Aufgaben, die die inneren Angelegenheiten der Gemeinschaften betreffen, zur selbständigen Entscheidung und Abwicklung übertragen.

## **Fünfter Abschnitt: Rotkreuz-Gemeinschaften**

### **§ 32 Rotkreuz-Gemeinschaften**

- (1) Rotkreuz-Gemeinschaften sind Gemeinschaften, deren Angehörige satzungsgemäße Aufgaben des Roten Kreuzes erfüllen und für diese ausgebildet oder angeleitet sind.
- (2) Sie gestalten ihre Arbeit nach den gemeinsamen allgemeinen Regeln für die ehrenamtliche Tätigkeit im Deutschen Roten Kreuz sowie ihrer jeweiligen eigenen Ordnung (§ 4 Abs. 3).

### **§ 32 a Bereitschaften**

- (1) Die Bereitschaften verfolgen das Ziel, die Kreisverbände und Ortsvereine bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, die sich aus den Grundsätzen und dem Selbstverständnis des Roten Kreuzes ergeben, zu unterstützen.
- (2) Als Gemeinschaft haben sie den Auftrag, die Aufgaben nach § 2 Absatz 4 Nr. 1 bis 3 wahrzunehmen. Die Aufgabenfelder orientieren sich vorrangig an Bedarf und Notlagen vor Ort. In den Bereitschaften sind Frauen, Männer und Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr zusammengefasst.
- (3) Der Kreisbereitschaftsleiter und die Kreisbereitschaftsleiterin haben ein Aufsichts- und Weisungsrecht gegenüber den Angehörigen der bei den Ortsvereinen und beim Kreisverband bestehenden Bereitschaften im Rahmen ihrer Ordnung. Entsprechendes gilt für den Leiter der Sozialarbeit, des Jugendrotkreuzes und die Leiter der Arbeitskreise.

### **§ 32 b Sozialarbeit**

- (1) Die Ziele der Sozialarbeit ergeben sich aus der Tätigkeit des DRK als Wohlfahrtsverband nach § 2 Absatz 4 Nr. 8 bis 11. Sie konkretisieren sich im Zusammenhang mit den aktuellen sozialen Not- und Bedarfslagen.
- (2) Zentrale Ziele sind:
  - Mitwirkung im örtlichen sozialen Netzwerk
  - Interessenvertretung sozial Benachteiligter
  - Eintreten für den sozialen Frieden
  - Zusammenarbeit mit den übrigen Wohlfahrtsverbänden.
- (3) An diesen Zielen orientieren sich die Aufgabenfelder, für die jeweils Arbeitsgemeinschaften der Sozialarbeit gebildet werden. Diese sind im Sinne einer ganzheitlichen Hilfe miteinander zu vernetzen.
- (4) Angehörige der Gemeinschaft der Sozialarbeit sind alle aktiven Mitglieder, die Aufgaben des DRK als Wohlfahrtsverband wahrnehmen und Verantwortung für den sozialen Frieden übernehmen.

### **§ 32 c Jugendrotkreuz**

- (1) Das Jugendrotkreuz ist der anerkannte Kinder- und Jugendverband innerhalb des Deutschen Roten Kreuzes.
- (2) Wesentliches Ziel ist das Mitwirken in den Bereichen:
  - soziales Engagement
  - Einsatz für Gesundheit und Umwelt
  - handeln für Frieden und Völkerverständigung
  - politische Mitverantwortung

Bei der Verwirklichung seiner Zielvorstellung bestimmt das Jugendrotkreuz selbstverantwortlich seine Programme, Inhalte und Methoden.

- (3) Aus oben genannter Zielformulierung leitet sich als Aufgabe der Erziehungs- und Bildungsauftrag des Jugendrotkreuzes ab. Diese Aufgabe beinhaltet das Heranführen junger Menschen an die Idee der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung und trägt zu ihrer Verwirklichung bei.
- (4) Angehörige des Jugendrotkreuzes sind alle aktiven Menschen im Deutschen Roten Kreuz, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Das Zugehörigkeitsalter für das Jugendrotkreuz liegt zwischen 6 und 27 Jahren. Leitungskräfte können älter sein.

Im Übrigen gilt die Ordnung des Badischen Jugendrotkreuzes.

### **§ 33 Arbeitskreise**

Arbeitskreise umfassen alle aktiven Männer und Frauen, die im Rahmen der satzungsgemäßen Aufgaben des Roten Kreuzes außerhalb der Gemeinschaften nach §§ 32 a – 32 c tätig sind. Die Mitglieder der Arbeitskreise werden für ihren Aufgabenbereich ausgebildet oder/und angeleitet. Über die Bildung von Arbeitskreisen entscheidet der Kreisausschuss.

## **Sechster Abschnitt: Wirtschaftsführung, Gemeinnützigkeit**

### **§ 34 Wirtschaftsführung**

- (1) Der Kreisverband erfüllt seine Aufgaben im Rahmen seiner personellen und finanziellen Möglichkeiten. Er verpflichtet sich zur Transparenz in seiner Finanz- und Wirtschaftsführung.
- (2) Die Mittel des Kreisverbandes sind sparsam und wirtschaftlich zu verwenden. Ihre Bewirtschaftung geschieht nach Maßgabe des Wirtschaftsplanes, der nach dem vom Landesverband festgelegten Kontenplan zu gliedern ist. Näheres regelt die Finanzordnung des Landesverbandes.
- (3) Die Jahresrechnung und der Wirtschaftsplan werden vom hauptamtlichen Vorstand erstellt. Der Kreisverband unterliegt der Prüfung des Wirtschaftsplans, der Bücher und der Kassenführung durch den Landesverband.
- (4) Der Wirtschaftsplan kann vom Präsidium des Landesverbandes beanstandet werden. Die Beanstandung ist zu begründen. Im Falle der berechtigten Beanstandung ist der Wirtschaftsplan insoweit neu zu erstellen.
- (5) Der Kreisverband erstellt einen Jahresabschluss analog der jeweils geltenden handelsrechtlichen Vorschriften für den Jahresabschluss. Er erstellt darüber hinaus einen Lagebericht.
- (6) Der Jahresabschluss wird durch einen Abschlussprüfer (Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder einem diesem gleichgestellten neutralen Sachverständigen) geprüft. Das Ergebnis der Prüfung ist der Kreisversammlung bei Vorlage des Jahresberichtes mitzuteilen. Im Jahresbericht ist außer der Erläuterung des Jahresabschlusses auch die wirtschaftliche Lage des Kreisverbandes sowie die Umstände darzustellen, die seine Entwicklung beeinflussen können.
- (7) Die Mitgliedsverbände führen jährlich an den Kreisverband Beiträge ab. Die Höhe der Beiträge setzt der Kreisausschuss (§ 21b) fest.
- (8) Für die Verbindlichkeiten des Kreisverbandes haftet ausschließlich sein eigenes Vermögen, nicht das seiner Mitgliedsverbände.
- (9) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

## § 35 Gemeinnützigkeit

- (1) Der Kreisverband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (2) Der Kreisverband ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Mittel des Kreisverbandes dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
- (4) Freie Rücklagen dürfen gebildet werden, soweit die Vorschriften des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung dies zulassen.
- (5) Die Mitglieder des Kreisverbandes dürfen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten, mit Ausnahme von solchen Mitteln, deren Weitergabe nach den Regelungen der Abgabenordnung zur Gemeinnützigkeit steuerunschädlich sind.
- (6) Der Kreisverband darf keine Personen durch Ausgaben, die nicht dem Zweck des Vereins dienen, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.
- (7) Bei Auflösung oder Aufhebung des Kreisverbandes oder bei Wegfall seines steuerbegünstigten Zwecks wird das nach Abzug der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen auf den als gemeinnützig anerkannten Landesverband übertragen, der das Vermögen ausschließlich und unmittelbar für steuerbegünstigte Zwecke zu verwenden hat. Falls anstelle des bisherigen Verbandes ein neuer Kreisverband des Deutschen Roten Kreuzes gegründet wird, so soll das Vermögen des bisherigen Verbandes ihm zugewendet werden, soweit dieser als gemeinnützige Körperschaft anerkannt ist und das Vermögen ausschließlich und unmittelbar für steuerbegünstigte Zwecke verwendet.
- (8) Der Kreisverband verwirklicht die in § 35 Abs. 1 genannten Zwecke auch im Rahmen eines planmäßigen Zusammenwirkens mit der Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst Ortenau gGmbH, die die Voraussetzungen der §§ 51 bis 68 AO erfüllt.  
In Anspruch genommen werden im Rahmen des planmäßigen Zusammenwirkens insbesondere Fakturierungsleistungen im Rettungsdienst, unter anderem für Notfallrettung, Krankentransport, Leitstellenvermittlungsentgelt, Notarztentgelte sowie Leistungen der Debitoren-Buchhaltung, Geldeingängen bei Banken, Mahnverfahren und Beitreibung von Forderungen.
- (9) Der Kreisverband verwirklicht die in § 35 Abs. 1 genannten Zwecke auch im Rahmen eines planmäßigen Zusammenwirkens mit dem Kreisverband Baden-Baden e.V., der die Voraussetzungen der §§ 51 bis 68 AO erfüllt. Zusammen soll der gemeinnützige Zweck „Förderung des Wohlfahrtswesens“ nach § 52 Abs. 2 Nr. 9 AO verwirklicht werden. In Anspruch genommen werden im Rahmen des planmäßigen Zusammenwirkens insbesondere Leistungen der Personal- und Finanzbuchhaltung, Aufgaben beim Datenschutz und dem Qualitätsmanagement sowie IT-Dienstleistungen.

## **Siebter Abschnitt:**

### **Ordnungs- und Eilmaßnahmen, Rechtsstreitigkeiten**

#### **§ 36 Ordnungsmaßnahmen**

- (1) Stellt das Präsidium des Landesverbandes fest, dass der Kreisverband
- seine Pflichten aus der Satzung des Landesverbandes oder aus den Beschlüssen satzungsgemäßer Gremien verletzt oder
  - sonstige wichtige Interessen des Deutschen Roten Kreuzes gefährdet oder
  - entsprechendes Verhalten bei seinen Gliederungen, Organen oder Mitgliedern duldet,
- können gegen ihn Ordnungsmaßnahmen gemäß § 32 der Satzung Landesverbandes verhängt werden.
- (2) Stellt der Vorstand des Kreisverbandes fest, dass ein Mitglied
- seine Pflichten aus der Satzung oder aus den Beschlüssen satzungsgemäßer Gremien verletzt oder
  - sonstige wichtige Interessen des Deutschen Roten Kreuzes gefährdet oder
  - entsprechendes Verhalten bei seinen Gliederungen, Organen oder Mitgliedern duldet,
- können gegen ihn Ordnungsmaßnahmen verhängt werden. Die Wahl der Ordnungsmaßnahme bestimmt sich nach der Art und der Schwere der Pflichtverletzung.
- (3) Soweit dies möglich und ausreichend ist, sind Ordnungsmaßnahmen zunächst anzudrohen. Die Pflichtverletzung ist anzugeben und eine Frist zur Behebung zu bestimmen. Auf die Folgen der Fristversäumnis ist hinzuweisen (kostenpflichtige Ersatzvornahme oder Verhängung eines Zwangsgeldes).
- (4) Ordnungsmaßnahmen sind
- a) Ersatzvornahme auf Kosten des Mitglieds durch den Kreisverband bzw. einen Dritten oder Verhängung von Zwangsgeldern bis zu einer Gesamthöhe von 50.000 Euro bei unvertretbaren Handlungen.
  - b) Vorläufige Amtsenthebung von Organen oder von einzelnen Mitgliedern dieser Organe des Mitglieds.
  - c) Abberufung von Organen oder von einzelnen Mitgliedern dieser Organe des Mitglieds.
  - d) Suspendierung oder Entzug von Funktions- und Mitgliedsrechten.
  - e) Ausschluss des Mitglieds aus dem Kreisverband
- Maßnahmen nach b) und c) können gegen das Organ Mitgliederversammlung der Mitgliedsverbände nicht verhängt werden. Bei einer Abberufung gemäß c) ist die Mitgliedschaft in Organen beim Deutschen Roten Kreuz für die Dauer von fünf Jahren ausgeschlossen. Berufungen innerhalb dieses Zeitraumes sind unwirksam. Soweit dies die nachgeordneten Gliederungen betrifft, haben sie die Einhaltung dieses Verbots in ihrem Verbandsgebiet zu überwachen.

Entsprechendes gilt für den Fall des Ausschlusses aus dem Deutschen Roten Kreuz.

- (5) Vor der Entscheidung über Ordnungsmaßnahmen ist das Mitglied anzuhören und ihm eine angemessene Frist zur Stellungnahme einzuräumen. In schwerwiegenden Fällen oder zur Abwendung eines nicht unbedeutenden Schadens kann die Anhörung ausnahmsweise entfallen. Sie ist unverzüglich nachzuholen. Die Entscheidung hat sofortige Wirkung.
- (6) Über die Verhängung von Ordnungsmaßnahmen entscheidet der Vorstand des Kreisverbandes.

Die Entscheidung über eine Ordnungsmaßnahme ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

### **§ 37 Eilmaßnahmen bei Gefahr im Verzuge**

- (1) Zur Wahrung bedrohter wichtiger Interessen des Deutschen Roten Kreuzes kann der Vorsitzende des Kreisverbandes bei Gefahr im Verzuge den im Kreisverband zusammengefassten Gliederungen (nachgeordnete Verbände, Organisationen, privatrechtliche Gesellschaften und Einrichtungen) unbeschadet der vorbeschriebenen Ordnungsmaßnahmen unmittelbar Weisungen erteilen. Er kann sich hierzu eines Beauftragten bedienen. Der Vorsitzende des Kreisverbandes soll, bevor er tätig wird, die betroffenen Verbände, Organisationen, privatrechtliche Gesellschaften und Einrichtungen hören. Seine hier geregelte Befugnis endet, sobald der Aufsichtsrat des Kreisverbandes zur Beschlussfassung zusammengetreten ist.

Die Weisungsbefugnis des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes e. V. gemäß § 29 Abs. 1 der Bundessatzung und des Präsidenten des Landesverbandes gemäß § 33 Abs. 1 der Satzung des Landesverbandes bleiben hiervon unberührt

- (2) Die Betroffenen können die Genehmigung des Aufsichtsrats bzw. des jeweiligen Präsidiums über die Maßnahmen des Vorsitzenden oder des Präsidenten verlangen. Ein dahingehender Antrag hat keine aufschiebende Wirkung.

### **§ 38 Schiedsgericht**

- (1) Alle Rechtsstreitigkeiten
  - a) zwischen Gliederungen (nachgeordnete Verbände, Organisationen, privatrechtliche Gesellschaften und Einrichtungen) des Deutschen Roten Kreuzes,
  - b) zwischen Einzelmitgliedern,
  - c) zwischen Einzelmitgliedern und Gliederungen gemäß Buchstabe a) des Deutschen Roten Kreuzes,

die aus der Wahrnehmung von Rotkreuz-Aufgaben entstehen oder sich aus der Mitgliedschaft im Deutschen Roten Kreuz ergeben, werden durch das Schiedsgericht des Landesverbandes im Sinne von §§ 1025 ff der Zivilprozessordnung entschieden.

Rechtsstreitigkeiten, die über den Bereich des Landesverbandes hinausgehen, werden durch das Schiedsgericht des Deutschen Roten Kreuzes e. V. entschieden.

- (2) Das Schiedsgericht entscheidet auch über Rechtsstreitigkeiten, die sich aus der Zeit früherer Mitgliedschaft ergeben.
- (3) Die Schiedsgerichte entscheiden auch über die Rechtmäßigkeit von Vereinsmaßnahmen ordnungs- oder disziplinarrechtlicher Art gegenüber Mitgliedern, wenn der Schiedskläger geltend macht, in seinen Rechten verletzt zu sein und das Ordnungs- oder Disziplinarverfahren beendet ist.
- (4) Das Verfahren der Schiedsgerichte richtet sich nach der Schiedsordnung des Deutschen Roten Kreuzes e. V. Sie ist, soweit sie nichts anderes bestimmt, für die Mitgliedsverbände verbindlich. Sie ist Bestandteil dieser Satzung und ist ihr als Anlage beigefügt.
- (5) Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

## **Achter Abschnitt: Schlussbestimmungen**

### **§ 39 Auflösung**

Mit Austritt oder Ausschluss aus dem Landesverband ist der Kreisverband aufgelöst, § 42 BGB bleibt unberührt.

### **§ 39 a Gebietsänderung**

Vereinbarungen, die die Übernahme von Teilen anderer Kreisverbände betreffen, werden vom Aufsichtsrat abgeschlossen. Soweit in Vereinbarungen Zweckbindungen für übernommenes Vermögen festgelegt sind, kann die Zweckbindung nur durch einen Beschluss des Aufsichtsrats geändert werden, bei dem die Vorsitzenden der Ortsvereine und Rotkreuzgemeinschaften, zu deren Gunsten die Zweckbindung festgelegt ist, zustimmen müssen.

Gebietsänderungen sind eine Satzungsänderung und bedürfen zusätzlich der Zustimmung des Landesverbandes gemäß § 10 Abs. 5a der Satzung des Landesverbandes.

### **§ 39 b Anrufungsfrist**

Die Satzung und alle satzungsmäßig zu treffenden Beschlüsse können nur innerhalb einer Frist von einem Monat nach Beschlussfassung, wenn ein Protokoll vorgeschrieben ist, einen Monat nach Zugang des Protokolls, angefochten werden. Anfechtungsberechtigt sind die Mitglieder nach § 11 Abs. 1 und das Präsidium des Landesverbandes, sofern nicht das Schiedsgericht sachlich zuständig ist.

### **§ 40 Teilunwirksamkeit**

Sollte eine Bestimmung dieser Satzung ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame zu ersetzen, die dem von den Mitgliedern angestrebten Zweck möglichst nahe kommt. Diese Grundsätze gelten entsprechend, soweit diese Satzung eine unbeabsichtigte Regelungslücke enthalten sollte.

### **§ 41 Inkrafttreten**

Diese Satzung bedarf zur Gültigkeit vor Stellung des Antrages auf Eintragung ins Vereinsregister der Genehmigung des Landesverbandes nach § 10 Abs. 5 a) der Satzung des Landesverbandes.

Mit der Eintragung dieser Satzung in das Vereinsregister erlischt die bisherige Satzung des Kreisverbandes.

# **Schiedsordnung für das Deutsche Rote Kreuz**

nach Beschlussfassung auf der 68. Bundesversammlung am 30.11.2018;  
eingetragen ins Vereinsregister am 01.07.2019

## **§ 1 Umfang der Schiedsgerichtsbarkeit**

(1) Alle Rechtsstreitigkeiten

- a) zwischen Gliederungen (nachgeordneten Verbänden, Organisationen, privatrechtlichen Gesellschaften und Einrichtungen) des Deutschen Roten Kreuzes,
- b) zwischen Einzelmitgliedern,
- c) zwischen Einzelmitgliedern und Gliederungen gemäß Buchstabe a) des Deutschen Roten Kreuzes,

die aus der Wahrnehmung von Rotkreuz-Aufgaben entstehen oder sich aus der Mitgliedschaft im Roten Kreuz ergeben, werden durch Schiedsgerichte im Sinne der §§ 1025 ff. ZPO nach dieser Schiedsordnung entschieden. Die Mitgliedsverbände des Deutschen Roten Kreuzes (§ 3 Abs. 2 DRK-Satzung) dürfen für ihren Bereich ergänzende Sonderregelungen treffen, die jedoch dieser Schiedsordnung nicht widersprechen dürfen.

(2) Die Schiedsgerichte entscheiden auch über Rechtsstreitigkeiten, die sich aus der Zeit früherer Mitgliedschaft ergeben.

(3) Die Schiedsgerichte entscheiden auch über die Rechtmäßigkeit von Vereinsmaßnahmen ordnungs- oder disziplinarrechtlicher Art gegenüber Mitgliedern, wenn der Schiedskläger geltend macht, in seinen Rechten verletzt zu sein, und das Ordnungs- oder Disziplinarverfahren beendet ist.

(4) Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

(5) Für den Deutsches Rotes Kreuz-Landesverband Bayerisches Rotes Kreuz als Körperschaft des öffentlichen Rechts gilt diese Schiedsordnung nicht, soweit es sich um Rechtsstreitigkeiten zwischen seinen Einzelmitgliedern oder um Rechtsstreitigkeiten zwischen Einzelmitgliedern und der Körperschaft handelt.

(6) Für den Verband der Schwesternschaften gilt für Schiedsverfahren zwischen Mitgliedern und ihrer Schwesternschaft, die sich aus der Sonderheit der Beschäftigung als Mitglied der DRK-Schwisterschaft ergeben, die Schiedsordnung des Verbandes der Schwesternschaften.

(7) Diese Schiedsordnung ist in der Fassung anzuwenden, die bei Beginn des Schiedsverfahrens gilt. Das Schiedsverfahren beginnt mit Eingang der Schiedsklage bei dem Verband, der das Schiedsgericht errichtet hat.

## **§ 2 Schiedsgerichte**

(1) Es werden errichtet:

das Bundesschiedsgericht und die Schiedsgerichte der Mitgliedsverbände.

(2) Das Bundesschiedsgericht entscheidet über Rechtsstreitigkeiten, die das Deutsche Rote Kreuz betreffen oder über den Bereich eines Mitgliedsverbandes hinausgehen.

(3) Die Schiedsgerichte der Mitgliedsverbände entscheiden über Rechtsstreitigkeiten innerhalb des Verbandes, für dessen Bereich sie gebildet sind.

(4) Ort des schiedsrichterlichen Verfahrens im Sinne des § 1043 Abs. 1 ZPO ist der Sitz des Verbandes, der das Schiedsgericht errichtet hat.

### **§ 3 Zusammensetzung des Schiedsgerichts**

(1) Das Schiedsgericht besteht aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Es besteht aus dem Vorsitzenden als Einzelschiedsrichter, wenn alle Parteien zustimmen. Schiedsrichter müssen seit mindestens einem Jahr Mitglied des Roten Kreuzes sein.

(2) Der Vorsitzende und ein stellvertretender Vorsitzender werden von der Mitgliederversammlung des Verbandes, für dessen Bereich das Schiedsgericht errichtet ist, auf vier Jahre gewählt. Sie müssen die Befähigung zum Richteramt haben und dürfen nicht dem Präsidium oder dem Vorstand des Verbandes angehören, der das Schiedsgericht errichtet hat.

(3) Soweit nicht der Vorsitzende das Verfahren als Einzelschiedsrichter führt, ernennt jede Partei für den einzelnen Streitfall einen Beisitzer. Präsidiums- oder Vorstandsmitglieder eines am Rechtsstreit beteiligten Verbandes können nicht zu Beisitzern ernannt werden.

(4) Endet das Amt eines Beisitzers, so ist ein Ersatzbeisitzer zu bestellen. Die Bestellung erfolgt nach den Regeln, die auf die Bestellung des zu ersetzenden Beisitzers anzuwenden waren. Ernennt eine Partei innerhalb einer vom Vorsitzenden zu bestimmenden Frist keinen neuen Beisitzer, so ernennt ihn der Vorsitzende.

(5) Stehen im Einzelfall weder der Vorsitzende des Schiedsgerichts eines Mitgliedsverbandes noch der stellvertretende Vorsitzende zur Verfügung, so ernennt der Vorsitzende des Bundesschiedsgerichts den Vorsitzenden für das anhängige Verfahren.

(6) Sind bei Ablauf der Amtszeit Schiedsgerichtsverfahren anhängig, in denen bereits mündlich verhandelt oder Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt worden ist, so bleiben die Schiedsrichter bis zur Beendigung des Verfahrens für diese Sache im Amt.

(7) Können sich mehrere Schiedskläger oder mehrere Schiedsbeklagte innerhalb einer vom Vorsitzenden gesetzten Frist nicht auf einen gemeinsamen Beisitzer einigen, kann der Vorsitzende beide Beisitzer (Absatz 1 Satz 1) benennen.

### **§ 4 Ablehnung der Schiedsrichter**

Schiedsrichter können in Anwendung der §§ 1036 ff. ZPO abgelehnt werden.

### **§ 5 Rechtliche Stellung der Schiedsrichter**

(1) Die Schiedsrichter sind unparteilich und unabhängig.

(2) Die Schiedsrichter sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten von dem Verband, für dessen Bereich das Schiedsgericht gebildet ist, Ersatz ihrer Auslagen im Rahmen der gemeinnützigkeitsrechtlichen Regelungen.

## **§ 6 Anrufungsfrist**

(1) Das Schiedsgericht kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten ab Kenntnis vom Eintritt des streitigen Ereignisses angerufen werden. Wahlen können nur innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Feststellung des Wahlergebnisses angefochten werden.

(2) Bei Vereinsmaßnahmen ordnungs- oder disziplinarrechtlicher Art gegenüber einem Mitglied beginnt die Frist erst dann, wenn das Mitglied über sein Recht, das Schiedsgericht anzurufen, über die Form der Schiedsklage, über die Regelung des § 7 Abs. 1 sowie über die Anrufungsfrist schriftlich belehrt worden ist.

(3) Wird die Frist schuldlos versäumt, kann dem Schiedskläger vom Vorsitzenden des Schiedsgerichts Wiedereinsetzung gewährt werden.

## **§ 7 Einleitung des Verfahrens**

(1) Die an das Schiedsgericht gerichtete Schiedsklage muss enthalten:

- a) Namen und Anschrift der Parteien;
- b) die Darstellung des Streitfalles;
- c) den Antrag, welche Entscheidung das Schiedsgericht treffen soll;
- d) eine Erklärung darüber, ob der Vorsitzende als Einzelschiedsrichter entscheiden soll, und für den Fall, dass das Schiedsgericht aus drei Schiedsrichtern bestehen soll, Name und Anschrift eines Beisitzers oder die Bitte an den Vorsitzenden, für den Schiedskläger einen Beisitzer zu ernennen.

(2) Werden innerhalb der vom Vorsitzenden gesetzten Frist Mängel der Schiedsklage nicht beseitigt, so gilt die Schiedsklage als zurückgenommen. Die Frist muss mindestens zwei Wochen betragen. Auf die Folgen der Fristversäumnis ist der Schiedskläger hinzuweisen.

(3) Erklärt sich der Schiedsbeklagte nicht darüber, ob der Vorsitzende als Einzelschiedsrichter entscheiden soll, oder ernennt er für den Fall, dass das Schiedsgericht aus drei Schiedsrichtern bestehen soll, keinen Beisitzer, so bestellt ihn nach Ablauf einer vom Vorsitzenden gesetzten Frist der Vorsitzende.

## **§ 8 Verfahrensgrundsätze**

(1) Das Schiedsgericht gestaltet – unbeschadet der §§ 1025 bis 1066 ZPO – sein Verfahren nach freiem Ermessen. Der Vorsitzende hat insbesondere auf eine gütliche Einigung hinzuwirken.

(2) Das Schiedsgericht entscheidet nach mündlicher Verhandlung, es sei denn, dass beide Parteien mit schriftlichem Verfahren einverstanden sind.

(3) Mündliche Verhandlungen des Schiedsgerichts sind nicht öffentlich.

(4) Die Parteien können sich eines Beistands bedienen.

(5) In Verfahren, die auf die Anfechtung oder Nichtigerklärung von Beschlüssen der Gesellschafter einer GmbH gerichtet sind, oder in anderen Streitigkeiten, in denen die Entscheidung kraft Gesetzes für und gegen Personen wirkt, die nicht Partei sind, ist Klage gegen sämtliche dieser Personen zu erheben. soweit sie nicht bereits Schiedskläger sind.

## **§ 9 Entscheidungsgrundsätze**

Das Schiedsgericht entscheidet nach geltendem Recht unter Beachtung der Satzung und der Ordnungen des Deutschen Roten Kreuzes.

## **§ 10 Vorläufige Anordnungen**

(1) Nach Anrufung des Schiedsgerichts ist der Vorsitzende auf Antrag einer Partei befugt, für die Dauer des Verfahrens vorläufige Anordnungen zu treffen.

(2) Die Anrufung des Schiedsgerichts hat keine aufschiebende Wirkung. Das Schiedsgericht kann die aufschiebende Wirkung auf Antrag anordnen.

## **§ 11 Kosten**

(1) Gebühren für das Schiedsgericht werden nicht erhoben.

(2) Die dem Schiedsgericht entstehenden Auslagen einschließlich etwaiger Auslagen für Zeugen und Sachverständige sind nach § 1057 ZPO zu verteilen. Davon kann abgesehen werden, wenn dies nicht der Billigkeit entspricht.

(3) Außergerichtliche Kosten werden nicht erstattet.

(4) Endet das Schiedsverfahren, bevor beide Beisitzer benannt sind, entscheidet der Vorsitzende über die Kosten.

## **§ 12 Entscheidungssammlung**

Schiedssprüche sind der Geschäftsstelle des Bundesschiedsgerichts über den Verband, der das Schiedsgericht errichtet hat, zu übersenden. Sie können anonymisiert werden.

## **§ 13 Gehörsrüge**

(1) Auf die Rüge einer Partei ist das Schiedsverfahren nach Erlass eines Schiedsspruchs fortzuführen, wenn das Schiedsgericht den Anspruch dieser Partei auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.

(2) Die Rüge ist innerhalb von zwei Wochen nach dem Tag, an dem der Antragsteller den Schiedsspruch empfangen hat, zu erheben.

(3) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Schiedsgericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies auf Grund der Rüge geboten ist. Das Verfahren wird in die Lage zurückversetzt, in der rechtliches Gehör zuletzt hätte gewährt werden können.

(4) Ist eine Rüge nach dieser Vorschrift erhoben worden, gilt § 1059 Abs. 3 S. 3 ZPO entsprechend.